

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 80 A.
Belegungs-Preisliste Nr. 3202.

Inhalt: Das Zentrum und die katholischen Arbeiter. — Maurerbewegung; Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkassen, Submissionswesen und Streikauflösung. — Aus Unternehmertreuen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gericht. — Verschiedenes. — Eingekommen. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen. — Feuilleton: Die kulturhistorische Bedeutung des Bauwesens in Babylon.

Das Zentrum und die katholischen Arbeiter.

Als Ferdinand Lassalle im Jahre 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein geschaffen und damit eine selbstständige Arbeiterbewegung in Fluß gebracht, sowie den Grund für die Entwicklung der Sozialdemokratie gelegt hatte, gab es noch keine Zentrumsparthei. Diese ist erst später, im Jahre 1871, entstanden, und zwar nach ihrem ersten kurzen Programm hauptsächlich zu dem Zwecke, „für die Freiheit der Kirche und ihrer Institutionen einzutreten“. Zu Lassalle's Zeit war rücksichtlich der kirchlichen Interessen lebhaft mit dem katholischen Klerus zu rechnen. Dieser aber wies Elemente auf, welche, im Gegensatz zu dem liberalen Bürgerthum, die junge Arbeiterbewegung, ihre Tendenzen und ihre Ziele wohl zu würdigen wußten und sich über ihre Bedeutung nicht täuschten. Es zeigte sich auch in diesem Falle die bedeutende Fähigkeit des Klerikalismus, sich neuen Volkselementen, deren große Entwicklung mit Sicherheit voraussehend, anzupassen und sie mit hierarchischen Interessen zu verquicken. Lassalle erlebte es noch, daß der Bischof v. Ketteler (Mainz) sich durchaus zu seiner Kritik der gegenwärtigen sozialen Zustände bekannte.

Dieser Kirchenfürst, geleitet von der Absicht, die katholischen Arbeiter unter allen Umständen den Interessen seiner Kirche dienlich zu erhalten, sie der Leitung der Kirche in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen zu unterwerfen, erkannte unumwunden die von Lassalle ausgeprochenen Wahrheiten an. In Reden und Schriften, die direkt an die Arbeiter gerichtet waren,*) führte er u. A. aus: die Bekämpfung des „gottlosen Kapitalismus“, der die Arbeiter dem Elend überantwortet, die „materielle Existenz fast des ganzen Arbeiterstandes“ in Frage gestellt und aus dem liberalen Europa einen Slavenmarkt gemacht habe, sei durchaus geboten. Der Arbeiterstand müsse sich selbst bemühen um die Sicherung seiner materiellen Existenz, daß „die tägliche Frage um das nothwendige Brot“ nicht allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt sei. Und zu diesem Zwecke gebühre den Arbeitern das Koalitionsrecht.

Einige Jahre später, 1871, vertrat der Domkapitular Moutfang einen noch weiter gehenden Standpunkt. Vor seinen Wählern in Mainz entwarf er ein förmliches katholisch-soziales Programm, in welchem es heißt: den Arbeitern müsse geholfen werden durch Minderung der Steuer- und Militärlasten; durch Beschränkung der Herrschaft des Kapitals; durch Ausgestaltung eines Arbeiterrechts, wie der wahre Rechtsstaat es erfordere. Auch der Arbeiter sei ein Mensch und müsse als Mensch behandelt werden, nicht als ein Lastthier. Deshalb müsse nicht nur die Sonntagsarbeit verboten, sondern die Arbeitszeit überhaupt begrenzt und das Lohnverhältniß gesetzlich geregelt werden. Wenn die Kirche den „rechten Geist“ habe, so liege es dem Staate ob,

„dem Arbeiterstande seine gesetzliche Organisation, seine gesicherte Stellung und seine sozialen Rechte zurückzugeben“.

Das waren die Theorien der „Deutschen Sozial-Katholiken“ in den sechziger Jahren und zu Anfang der siebziger Jahre. Es erschienen die von dieser Richtung herausgegebenen „Christlich-sozialen Blätter“. In der Nummer vom 19. März 1871 wurde als Aufgabe einer „Christlich-sozialen Partei“ u. A. erwähnt: die Arbeit, welche ein „ihr selbstständig angehöriges natürliches Recht“ beisteht und den „Bestand sozialer Kultur“ bedeute, müsse befreit werden vom Einfluß der „liberalistischen Dekonomie“; die Herrschaft dieser Theorie, des Kapitals, müsse gehrochen, „das ökonomische Leben unseres Zeitalters von ihrem Einfluß gereinigt werden“.

Das war vor dreißig Jahren. Zu einer katholischen „Christlich-sozialen Partei“, wie v. Ketteler, Moutfang u. A. sie angestrebt, kam es nicht. Unkluge Bismarck'sche Politik führte zur Bildung und schnellen Entwicklung der Zentrumsparthei, einer kirchenpolitischen Kampfpartei unter Führung geistlichen Elements. Diese Partei ist in demselben Maße, wie die sozialdemokratische Bewegung sich ausbreitete und erstarke, bemüht gewesen, die katholischen Arbeiter von ihr fernzuhalten. Es ist kaum ein schlimmerer Sumbug denkbar als der, den das Zentrum mit den katholischen Arbeitern getrieben hat. Man „belehrt“ sie dahin, daß ihre „berechtigten Interessen“ nur in enger Verbindung mit der „Religion“, das heißt den kirchlichen Interessen, gewahrt und gefördert werden könnten. Der Klerus gründete „katholische Arbeitervereine“, Gewerkschaften u. dgl., die unter Leitung von Geistlichen dazu dienen sollten, diese Arbeiter mit Pfaffen und heuchlerischen Versprechungen in feindliche Stellung zur Sozialdemokratie, zur selbstständigen Arbeiterbewegung zu bringen und sie zugleich dem Zentrum als blindlings ergebene Wählermasse für die Reichstagswahlen zu sichern.

Bestimmte, genau formulierte politische resp. sozialpolitische Forderungen zu Gunsten der Arbeiterklasse hat die Zentrumsparthei in ihren programmatischen Erklärungen nie erhoben. Sie hat sich immer nur auf allgemeine Lebensarten beschränkt, wie die, daß eine „wahrhaft christliche Gesetgebung“, welche nach dem Grundsatze der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ die „Wohlfahrt Aller“ begründe, nothwendig sei, daß die „Steuern und Lasten nicht zu vermehren, sondern nach Möglichkeit zu vermindern“ seien u. dgl.

Wie sieht die „wahrhaft christliche Gesetgebung“ aus, für deren Zustandekommen das Zentrum, seitdem es seinen Frieden mit Bismarck geschlossen, um sich zur regierenden Partei zu entwickeln, den Ausschlag im Reichstage hat? Sie ist ein Hohn auf den Begriff „Gerechtigkeit“ und das Volksinteresse. Es hat dem gerade die Arbeiterklasse, so ungerecht belastenden System der indirekten Abgaben eine Ausdehnung gegeben, vor der noch vor fünfzig Jahren seine hervorstechendsten Führer, Peter Reichensperger u. A., zurückschreckten als vor einer schweren Verfündigung am Volke.

Reichensperger bezeichnete die damals durchgesetzte, verhältnißmäßig geringfügige Erhöhung der Getreidezölle geradezu als eine Verhöhnung der Witte: „Gieb uns unser täglich Brot“. Und jetzt sehen wir die regierende Partei, an der Arbeit, im Bunde mit dem Junkerthum die Zölle auf nothwendige Lebensmittel noch weiter zu erhöhen. Statt für eine Verminderung der Militärlasten einzutreten, hat sie eine gewaltige Erhöhung derselben herbeigeführt. Ihre Arbeiterschutzpolitik war immer eine sehr schwäch-

liche, weniger darauf berechnet, dem Arbeiter wirklich zu helfen, als darauf, sie durch täuschenden Schein zu beschwichtigen. Nichts Ernsthaftes wurde unternommen, das Koalitionsrecht der Arbeiter und das Vereins- und Versammlungsrecht gesetzlich sicher zu stellen. Für das Zentrum reicht ein Recht, das ihm ermöglicht, Vereine der katholischen Arbeiter zu bilden und diese Vereine seinen Zwecken dienlich zu machen, gerade aus. Im Grunde ihres Herzens sind die Zentrumsführer allen Rechten und Freiheiten, die für das arbeitende Volk von Werth sind, feind; sie lassen diese Rechte, theoretisch oder praktisch, immer nur gelten unter dem Gesichtspunkte jenseitiger Zweckmäßigkeit ihrer Partei-Interessen. Von einem energischen und selbstständigen Gebrauch des Rechtes der Koalition u. dgl. von einem entschiedenen Kampfe gegen den Kapitalismus für Erbringung besserer Arbeitsbedingungen, einer besseren Lebenshaltung hat das Zentrum die katholischen Arbeiter stets zurückgehalten versucht, und bis jetzt leider meistens mit Erfolg.

Der Papst ist ihm dabei mit seinem Rundschreiben über die soziale Frage, in welchem die Kapitalisten als „Verwalter des Eigenthums Gottes auf Erden“ hingestellt werden, zu Hülfe gekommen. Die heutigen katholischen Sozialpolitiker sprechen nicht mehr vom „gottlosen Kapital“, nicht mehr von der Nothwendigkeit des Kampfes der Arbeiter gegen dasselbe; nicht mehr vom natürlichem Rechte der Arbeit, sondern nur von ihren „Pflichten“, insbesondere von ihrer „Pflicht der Unterwerfung“ unter die „Autorität des Arbeitgebers“, des „Gehorsams gegen die Obrigkeit“ u. dgl. Sie pfuschen und sündigen auf allen Gebieten der Gesetgebung gegen die Kultur, das Volk, die Arbeiterklasse. Denn sie wollen ja Alles „glücklich machen“, den Junker und den Knecht, den Großgrundbesitzer und den Bauer, den Großindustriellen und den kleinen Gewerbetreibenden, den Unternehmer und den Lohnarbeiter. Und bei diesem Spiel um die Macht sind die katholischen Arbeiter immer die Betrogenen.

Nun aber kommt es, wie wir vor vielen Jahren schon vorausgesagt haben: in den Köpfen dieser Arbeiter fängt es an, Licht zu werden; sie lehnen sich mehr und mehr auf gegen die Bevormundung durch eine Partei, die sie nur als Mittel zum Zweck braucht. In den katholischen Arbeitervereinigungen regt sich immer stärker das Bedürfnis nach Unabhängigkeit von klerikaler Leitung und Bevormundung. Katholische Arbeiter treten in scharfe Opposition zu der infamen Sozialpolitik des Zentrums, gegen die Unterstützung, die dasselbe dem reaktionären Junkerthum angedeihen läßt. Stets hat die regierende Partei sich um die Frage des Koalitionsrechtes der Landarbeiter möglichst herumgedrückt. Muß sie doch rechnen mit der Thatsache, daß sie in ihren eigenen Reihen sehr viele Agrarier zählt, die den Landarbeitern diese Freiheit nicht gewährt wissen wollen. Und jetzt mußte das Zentrum erleben, daß der kürzlich in München abgehaltene vierter Kongreß der deutschen christlichen Gewerkschaften in einer Resolution klipp und klar das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter forderte! Da heißt es u. A.:

„Der Kongreß betrachtet es als ein Unrecht, daß, während den landwirtschaftlichen Unternehmern vollständige Bewegungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit gewährt wird zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Standesinteressen, andererseits dem Landarbeiter durch drakonische Strafbestimmungen verboten wird, in Gemeinschaft mit seinen Standesgenossen die Verbesserung seiner Arbeits- und Lohnverhältnisse auch nur zu versuchen. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß die veralteten Gesetbestimmungen, welche den Landarbeitern unter Androhung einer Ge-

*) Ketteler: Die Arbeiterfrage und das Christenthum. Mainz 1864. — Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältniß zu Religion und Ethik. Mainz 1869.

fängnisstrafe bis zu einem Jahre verbieten, sich zu vereinen und zu verabreden, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen; möglichst bald beseitigt werden."

Die katholischen Gewerkschaften fordern also das Recht, den Arbeitgeber die Arbeit zu verweigern, zu streiken, auch für die säkularisierten Arbeiter, und dies im Namen der Gerechtigkeit!

Darob sind die Zentrumsleute in nicht geringe Verlegenheit geraten. Das Organ der Zentrums-Agrarier, die "Rheinische Volksstimme", ruft den katholischen Gewerkschaften, die zu solcher Forderung sich "verleihen", bündig und einfach zu: "Günde weg!" Aber es hat nicht den Anschein, als ob diese Mahnung auf die katholischen Arbeiter, die sich da zu einem Punkte des Programms der Sozialdemokratie, bekannt haben, den beabsichtigten Eindruck macht. So macht das Streben der katholischen Arbeiterorganisation, selbstständig zu werden, ersichtlich Fortschritte. Diese Entwicklung aufzuhalten, wird dem Zentrum nicht gelingen. Mit all seinen "Ausgleichs"-Versuchen gleißt es nur Del- in das Feuer, in welchem die katholischen Arbeiter sich lösen von den Fesseln der Zentrumspolitik.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in Hamburg-Altona-Wandsbek-Wilhelmsburg-Harburg, Malchin, Wedde, Kowatsch-Neudorf, Brandenburg a. d. O., Kolmar i. P., Guben, Tambach bei Götting, Köln a. Rh., Elberfeld-Barmen-Bochum und Bismar.

Aussperrt sind die Bauten der Unternehmer Carl Thiel & Söhne in Wandsbek; Silbstein in Wandsbek; Unternehmer Behrens in Wandsbek; Wälsing in Stades; C. Bird in Altona-Malchow; Witt und Frauen in Wandsbek; Leeband in Altona; C. Dechow in Altona; a. d. O.; C. Gundersen in Spremberg; Mühlens in Wandsbek; a. d. O.; Belling und Engelke in Tegel; Boh und Schäfer in Wandsbek; Gerber & Sohn in Wandsbek; Kröger und Küster in Wandsbek; Stubau in Wandsbek.

Die Innung in Hamburg führt fort, "arbeitswillige" Maurer und Zimmerer herauszusuchen. Aus allen Teilen des deutschen Reichs sind uns Ausschnitte von Inseraten übermitteln, in welchen Maurer und Zimmerer von der Innung gesucht werden. Die Absicht liegt klar zu Tage: Die einzelnen Arbeiter sollen möglichst durch auswärtige ersetzt werden, damit die Innung ihr im Jahre 1900 gegebenes Versprechen bis zum 1. Januar 1901 ungehindert lösen kann. Damit wird sie nun wohl kein Glück haben, dafür wird die organisierte Maurerschaft Deutschlands schon Sorge tragen, indem sie den Zuzug nach hier fernhält.

Die kulturhistorische Bedeutung des Baues in Babylon.

I.

Ursprung des Steinbaues.

In seiner Vorgeschichte der Indoeuropäer schildert Rudolf von Hering u. A. das Baugeschehen in Babylon als einen Kulturfaktor ersten Ranges. Diefem Platanenbau die Natur den Stein verleiht; es finden sich dort keine Hellen, aus denen er sich hätte bilden lassen. Und dennoch hat der Steinbau zuerst an dieser Stelle das Licht der Welt erblickt. Jahrtausende früher als bei den Ägyptern, nicht bloß bei den arischen Völkern, sondern auch bei den Arien Europas. In den Namen des babylonischen Volkes knüpft sich der Mythos, einen der folgenden Fortschritte im Kulturleben der Menschheit beschaffen zu haben, und zwar bereits zu einer Zeit, wo der übrige Teil der Menschheit noch im tiefsten Schlaf lag.

Das Mittel, wodurch ihm dies gelang, war die Verwendung der Thonerde zur Herstellung eines künstlichen Steins: des Ziegels und der des Asphalts als Mörtel. Die Thonmörtel der Natur, welche dem Menschen das natürliche Baumaterial, Holz und Stein, versagt hatte, ward ein Sporn für ihn, seinen Verstand zu gebrauchen, um sich künstlich einen Ersatz zu verschaffen.

Die Herstellung des Ziegels geschah in zweifacher Weise: durch Brennen an der Sonne (Lufttrocknen) und durch Brennen im Ofen (Backstein). Eine Zeit als die einfachere, leichtere und unvollkommenere die ursprüngliche, diese als die künstlichere und vollkommenere die spätere gewesen sein, aber schließlich war sie bereits in früherer Zeit bekannt. Das Erfordernis war ein dazu geeigneter Ofen, und es ist anzunehmen, daß sich derartige Ofen in jeder Stadt fanden. Im alten Testament werden sie öfter erwähnt; der bekannte "feurige Ofen", der groß genug war, drei Männer in sich aufzunehmen, kann kein anderer als ein Ziegelofen gewesen sein.

*) Literatur. v. Hering: "Vorgeschichte der Indoeuropäer". — F. Hommel: "Geschichte der Babylonier und Assyrier". — Ed. Meyer: "Geschichte des Altertums". Bd. I. — Hirt: "Geschichte der Baukunst bei den Arien". Bd. I. — Schrader: "Sprachenvergleichung und Urgeschichte". — Fr. Delitzsch: "Neuer Kommentar über die Genesis". — Herodotus I.: "Altes Testament".

*) Das alte Testament denkt ihrer bereits beim Turmbau zu Babel, I. Mose 11, 3, nach der Überlieferung von Luther: Und Sprachen untereinander: "Abraham, lass uns Ziegel streichen und brennen... und es biente ihnen der Backstein statt Bruchstein und das Asphalt diente ihnen als Mörtel".

Den importierten "Arbeitswilligen" wird es hier unheimlich in hellen Scharen sehen die Hamburg den Rücken. Zunächst ist es der Umstand, daß sie das von ihnen verlangte Arbeitsquantum nicht zu leisten vermögen. Dann hat sich die lebenswichtige Behandlung, die ihnen bisher von Polizei und Unternehmern entgegengebracht wurde, fast in ihre Gegenteil umgewandelt, und der hantaburgische Bevölkerung sind sie eben auch nicht gerade sehr willkommen. Aus allen diesen Gründen ziehen sie es vor, den hantaburgischen Stand von ihren Fesseln zu befreien, und da gegenwärtig alle größeren Streiks beigelegt sind, wo sie sonst vielleicht noch hätten den Unternehmern gute Dienste leisten können, sich ihren heimathlichen Gefilden wieder zuzuwenden. Das übrigens nicht alle nach Hamburg durch allerlei schöne Versprechungen hingelockten Maurer und Zimmerer von vornherein die Absicht hatten, Streik zu begehen, dafür legen einige Briefe Zeugnis ab, die von den angeworbenen; aber in ihre Heimath wieder zurückgerufen wurden und Zimmerern an die hiesige Streikleitung gerichtet sind. In einem dieser Briefe heißt es:

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß der Baumeister Paul Geller mich und einige hundert Kollegen von Wien nach Hamburg unter Vorpiegelung falscher Thatsachen gelockt hat. Der Arbeitsvertrag der Baugewerks-Innung ist mir und meinen Kollegen, welche gleichzeitig mit mir eingestellt wurden, nicht vorgelesen worden. Daß in Hamburg gestreikt wird, hat man uns vollständig verschwiegen. In Wien ist uns versprochen worden, während der hiesigen Versprechung zu erhalten; diesem Versprechen ist Herr Geller in der Weise nachgekommen, daß wir in etwa 80 Stunden ein Stüchchen Brot und Butter und ein Glas Bier erhielten. Die Folgen dieser großartigen Versprechung sind denn auch nicht ausgeblieben, indem eine ganze Anzahl noch lange Zeit an Magenbeschwerden gelitten hat. Bei dem Kollegen Eitelher Genrid sind die Magenkrämpfe so heftig ausgebrochen, daß derselbe einige Tage nach seiner Ankunft in Hamburg gestorben ist.

Wien, 8. August 1902.

Mathias Berta,

Wagnerstraße 18, 1. Stod, Thür 15.

Ein anderer Wiener Maurer schreibt:

Wien, am 6. August 1902.

(Der Wohlgehorhen)

Da es schon fünf Wochen her ist, seit ich von Euch, meine Genossen, Abschied nahm und noch kein Arbeitsbuch in meine Hand erhalten habe, so bitte ich höflich, mir baldmöglichst daselbst auf meine Spesen aufzulegen zu wollen. Denn bei uns kann ein Arbeiter ohne Buch in keine Arbeit treten. Mein Geld war, als ich in Wien wieder glücklich ankam, daß ich als Mitglied der Organisation beitrage. Es wird dieses auch als recht und letzte Mal der Fall sein, daß ich so blind dreingefahren bin und mich von so falschen Unternehmern so annehmen und belügen ließ. Wäre das Arbeitsbuch in Österreich so organisiert wie in Deutschland, so hätte es keineswegs vorkommen können, daß ich Arbeiter für das Ausland anwerben lassen oder sich durch falsche, lügenhafte Vorpiegelungen betrogen ließen.

Niemals kann ich vergessen, wie freundlich und redlich die hantaburger mit uns verfahren sind, denn auch in Güte und Willigung ist das Arbeitsbuch in Deutschland weit voran. Ich bitte Sie nochmals, mir recht bald mein Arbeitsbuch zukommen zu lassen, denn ich setze jetzt ohne Arbeit und mit Schulden belastet da.

Der im Ofen gebrannte Stein hat vor dem Luftstein den Vorzug der Härte, Festigkeit, Dauerhaftigkeit. In welchem Maße man es verstanden hatte, ihm diese Eigenschaften zu verleihen, zeigen Funde in Babylon, Ninive und an anderen Orten; sie erzeugen noch heutigen Tages durch ihre unverwundliche Dauerhaftigkeit das Staunen der Nachwelt. Nach einem Vortrag hat die Prozedur des Brennens dar: es war damit die Möglichkeit gegeben, dem Stein eine Gestalt zu geben, und mittelst der verschiedenen Farben, welche man dazu verwendete, einen dekorativen Effekt zu erzielen.

Eine Untersuchung davon gewöhnen uns die Berichte über den Stufenbau des Neubauwerks. In diesem Tempel der sieben Sphären des Himmels und der Erde war jedes Stüchchen mit andersartigen Steinen bekleidet; von unten nach oben: schwarz, orange, rot, gelb, weiß, dunkelblau, silber. Andererseits war die Gestaltung des Bausteins bei der Schnitzung des Feuerwerksmaterials in der hantaburgischen Gegend ungleich kostspieliger, als die des Luftsteins, den Jedermann sich leicht durch Roden in der Sonne herstellen konnte. Darum ward der Baustein nur zu öffentlichen Bauten verwendet, und auch bei diesen wurden die Zwischenräume regelmäßig mit Luftsteinen ausgefüllt.

Den Bausteinbau finden wir in ältester Zeit auch bei den Ägyptern. Die Verwendung des Bausteins in einem an seinem Gestein so reichen Lande wie Ägypten bietet eine zu auffallende Erscheinung dar, als daß man sich nicht gebrungen fühlen möchte, sich nach einer Erklärung umzusehen. Warum griff man hier zum Baustein, da man doch den Naturstein vor der Hand hatte? Es bietet sich keine andere Erklärung dar, als die Annahme, daß die Ägypter den Bausteinbau von da, wo er durch die Natur selber gegeben und schon in frühester Zeit heimisch war, aus Babylon überkommen haben, und zwar durch Vermittelung der Juden. Nur durch sie konnte die Kunst des Ziegelbrennens von Babylon nach Ägypten gelangen, und in der Zeit ihrer ägyptischen Anwesenheit sind gerade sie es, welche für die Ägypter Ziegel zu streichen und zu brennen haben. (2. Mos. 1, 14.) Eine Unterstützung findet diese Ansicht an der ältesten Form der ägyptischen Pyramide, wie sie noch in der von Sakkara erhalten ist; es war die des babylonischen Stufenpyramiden oder Stagenpyramide; aus ihr ist die spätere gradlinige dadurch hervorgegangen, daß die Absätze der einzelnen Stagen durchgehört wurden. So charakterisiert sich also die erste Periode der ägyptischen Baukunst durch ihre Uebersetzung in eine mit der babylonischen in zwei wesentlichen Punkten: in der Verwendung des Ziegels und in dem Stufenbau. In der zweiten Periode tritt an Stelle des Ziegels der Bruchstein, an Stelle des Stufenbaues die Pyramide. Nimmt man nun noch den Umstand hinzu, daß die uns erhaltenen Aufzeichnungen bei den Ägyptern nur

Mit bestem Gruß an Alle, die uns von unserer Wohnung in der Hauptstraße (Hoheluft) nach ein Trupp Importierer einquartiert war. D. Red.) abholten und bei denen wir am Samstag so frohlich beisammen waren, zeichnet sich

Franz Schumacher.

Sehr hoch braucht die Innung auf ihre Angehörigen und Arbeiter gerade nicht zu sein. Die Gesellen würden sich schämen, wenn sie ähnliche Mittel in Anwendung gebracht hätten, um ihr Ziel zu erreichen.

Der Zuzug nach Hamburg ist bis auf Weiteres noch strengstens fernzuhalten, wenn die bisherigen Erregungszustände der hantaburger Kollegen nicht bößlich verloren gehen und die Wege zu weiteren Erfolgen nicht gesperrt werden sollen.

Ueber die Firma Thiel & Söhne in Wandsbek ist die Sperre verhängt. Der Inhaber der Firma gilt als Hauptschwarzmaier und wohl auch nicht im Unrecht. Seit Jahren ist die Firma bestrebt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gesellen zu verschlechtern, namentlich aber die 9stündige Arbeitszeit in eine 10stündige zu verlängern. Jetzt ist sie dabei, auch den Lohn herabzusetzen. Sie will nur einen Stundenlohn von 88 resp. 40 1/2 und bei Sonntagsarbeit 12 1/2 Mark, jedoch mit 5 pzt. Abzug zahlen. Die Kollegen wollten sich selbstverständlich eine solche Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen nicht gefallen lassen und legten deshalb die Arbeit nieder.

Der Streik in Altona i. Pr. ist am Donnerstag, 7. August, ist auf Grund nachgehenden Vertrages beendet worden. Zwar war es den Unternehmern gelungen, circa 250 italienische Streikbrecher aus Galle a. d. S. heranzuführen, aber sie mochten wohl selber von diesen fragwürdigen Gesellen nicht recht erbaud sein, sonst hätten sie sich wohl nicht so schnell zum Friedensspruch herbeigelenkt, nachdem sie kurz vorher den Schiedsspruch des Einigungsamtes demonstrativ abgelehnt hatten. Bei den erneuten Unterhandlungen, die der Aufhebung des Streiks vorausgingen, hatten die Unternehmer plötzlich die arbeitserneuerlichen Herz erwidert, indem sie betonten, daß, wenn den Maurern eine Lohn-erhöhung gewährt werde, den Baudeckern eine solche nicht verweigert werden könne. Aus diesem Grunde meinten sie, sollten die Maurer mit 47 1/2 Stundenlohn für sich nehmen, damit der eine Wenig den Baudeckern zugelegt werden könne. Unsere Kollegen waren ebenfalls der Ansicht, daß den Baudeckern eine Lohnaufbesserung nicht schaden könne, sondern daß sie einer solchen sogar dringend bedürftig seien, aber die Unternehmer möchten nur in ihren eigenen Beutel greifen und die Zulage gewähren. Um aber den Unternehmern entgegen zu kommen, beschloßen die Gesellen, auf die für das Jahr 1901 von Herrn Kaufmann in Vorschlag gebrachte und vom Einigungsamt festgesetzte Lohnhöhe von 65 1/2 vorläufig zu verzichten und von der Festlegung dieses Lohnes im Verträge Abstand zu nehmen. Damit waren die Unternehmer einverstanden und die Aufhebung des Streiks konnte am Donnerstagabend um 10 Uhr proklamiert werden. Der zu Stande gekommene Vertrag lautet folgendermaßen:

Der Einstundlohn für die Maurergesellen beträgt vom 7. August 1902 bis 31. März 1903 48 1/2 für die Stunde und vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 60 1/2 für die Stunde. Der Lohn für die durch Alter, Unfall oder Invalidität minder leistungsfähig gewordenen Gesellen sollte für Junggesellen im ersten Gesellenjahre unterliegt der freien Vereinbarung mit der Wagnisse, daß als durch "Alter minder leistungsfähig Gewordene" nur solche Gesellen betrachtet

bis etwa 2700, bei den Babylonern bis etwa 8800 vor unserer Zeitrechnung zurückreichen, so dürfte sich die historische Priorität der Babylonier vor der ägyptischen Baukunst kaum bezweifeln lassen, und den Babylonern der Ruhm gebühren, in der Baukunst die Lehrmeister aller Völker der alten Welt, ohne Ausnahme, geworden zu sein.

Seiner allen anderen Völkern weit überlegenen Leistungsfähigkeit im Bauwesen war das babylonische Volk sich auch vollumfänglich bewußt. Ein Beleg dafür ist in der altbabylonischen Sage vom Turmbau zu Babel zu erblicken. Dieser Turm (Etagentempel) sollte, mit der Spitze in den Himmel reichend, damit wir uns einen Namen machen. (1. Mose 11, 4.) Es ist also darauf abgesehen, einen Bau herzustellen, welcher die Verwurmerung aller Völker erregt und ihnen zeigt, daß die Babylonier in der Baukunst vor den schwierigsten Aufgaben nicht zurückschreckten.

Die Sage bietet niemals in's Auge hinein; sie geht von historischen Thatsachen aus, von historischen Ereignissen, Einrichtungen des Lebens usw., die sie nur in ihrer Weise deutet, verklärt, umgestaltet. Auch die Sage vom Turmbau zu Babel schließt einen historischen Kern in sich. Geschichtlich außer Zweifel steht, daß es Bauten von solcher Höhe und von solchem Umfang, wie in Babylon, in der ganzen damaligen Welt nicht gab. Der in der Urzeit angefangene, aber dann unvollendet liegende Etagentempel und in ferneren Tagen gefallene Turmbau ragt noch jetzt mit seinen bloß erhaltenen vier Stufen 150 Fuß über die Ebene. Die Thatsache, daß ein angefangener mächtiger Bau in's Stoen gerathen konnte, war ein so bemerkenswerth, daß es ebensoviele Wunder nehmen kann, wenn das Gedächtnis daran sich in der Erinnerung des jüdischen Volkes (das nach der im alten Testament wiedererlebten Kolonisation bald darauf Babylon besetzte) dauernd erhielt, als daß die Sage den Versuch machte, sie zu motivieren. Die Sage erklärt, was sie über den Uebermuth der Babylonier so ergreift worden, daß er befohlen habe, dem Turmbau ein gewaltiges Ende zu machen, indem er die Sprache der Arbeiter verwirrte, so daß sie sich untereinander nicht mehr verstanden. Auch diesem Ruge der Sage liegt eine historische Thatsache zu Grunde. Die Babylonier ließen die Arbeiter an Bau als Prognarbeiten durch unterworfenen Volksstämme verrichten, die verschiedene Sprachen redeten. Mit dieser Thatsache fand die mosaische Sage (1. Mose 11, 1), die der neuen Volkserstellung Ausdruck giebt, daß bis dahin "alle Welt einerlei Sprache und Sprache" hatte, in der Weise sich ab, daß sie durch Gottes Zorn die Sprache der Menschen unter verwirren ließ.

werden dürfen, welche eine Einbuße in ihrer Arbeitsfähigkeit erlitten und daß ferner der Lohn für Junggefelln nicht unter 40 S. festgesetzt werden darf.

2. Die Lohnzahlung findet an jedem Sonnabend nach Schluß der Arbeit möglichst auf der Baustelle statt. Es ist dem Arbeitgeber gestattet, den Lohn für Sonnabend oder für Freitag und Sonnabend einzubehalten. Gezellen, welche am Sonnabend entlassen werden und solche, welche am Sonnabend ausstreiten wollen und dieses spätestens bis zum Schluß der Lohnwoche, d. h. Donnerstag bezw. Freitag Abend, dem Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter erklärt haben, erhalten bei der Lohnzahlung den verdienten Lohn voll auszubezahlt unter gleichzeitiger Auszahlung des Krankentagesbuches und der Invaliditätskarte. Gezellen, welche vor Ablauf der Lohnwoche ausstreiten, erhalten ihren Lohn erst am nächsten folgenden Sonnabend. Sie sind verpflichtet, Krankentagesbuch und Invaliditätskarte, falls diese Gegenstände sich nicht auf der Baustelle befinden sollten, von der Stelle abzuholen, wo sie vom Arbeitgeber ausbezahlt werden, und zwar innerhalb der Geschäftsstunden. Gezellen, welche vor dem Lohnabzugsstage entlassen werden, haben den Lohn sofort zu beantragen.

3. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, und zwar von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends mit zwei Stunden Pause, soweit Wetter und Temperatur die Einhaltung dieser Arbeitszeit gestatten. Die Pausen betragen im Einzelnen: 1. Frühstückspause von 8-8½ Uhr Mittags; 2. Mittagspause von 12-1½ Uhr Mittags; 3. Vesperpause von 4 bis 4½ Uhr Nachmittags. Wenn in den Wintermonaten um 6 Uhr oder noch früher Feierabend gemacht wird, fällt die Vesperpause fort. Es bleibt der freien Vereinbarung überlassen, an den Sonnabenden früher Feierabend zu machen, eventuell ohne Vesper, desgleichen an den Tagen vor den hohen Festen. In jedem Falle aber wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt und kann insbesondere der Gezelle keinen Lohn beanspruchen für die Zeit, in welcher die Arbeit durch Witterungs- und sonstige durch partiellen Streik anderer auf dem Bau beschäftigten Personen hin unterbrochen wird. Auch eine derartige Unterbrechung wird das Vertragsverhältnis nicht ausbrechen, falls nicht der eine oder der andere Teil dies ausdrücklich erklärt.

Eine Lohnzahlung findet auch für solche Zeiten nicht statt, in denen der Gezelle durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert worden ist, selbst wenn die Veranlassung entschuldigend und nicht von langer Dauer ist.

4. Lieberstunden sind zu vermeiden. Wenn dringende Arbeiten Lieberstunden bedingen, so ist jede Lieberstunde mit 10 S. Lohnausgleich zu vergüten. Nachts- und Sonntagsarbeiten werden den Lieberstunden gleich bezahlt.

5. Den Arbeitgebern und Gezellen steht es frei, das Arbeitsverhältnis zu jeder Stunde ohne vorherige Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzugeben.

6. Auf allen größeren Neuen und Umbauten müssen Bauhütten und Aborte vorhanden sein, die sanitätspolizeilichen Anforderungen entsprechen.

7. a) Auf keinem der in Königsberg und Umgebung innerhals der fortifikatorischen Ringmauer liegenden Baustellen dürfen Gezellen zu unangenehmen Wohnbedingungen arbeiten oder beschäftigt werden, ganz gleich, ob der Arbeitgeber der Meinung ist, daß dies der Arbeit förderlich sei. Sollte trotzdem dieser Fall eintreten, und gelang es nicht binnen acht Tagen nach dem Bekanntwerden eines solchen Falles dem Arbeitgeber zur Zahlung der betr. gemäßigten Löhne zu bewegen, so sind die Arbeiter, falls die Gezellen auf dem fraglichen Bau zu unangenehmeren Wohnbedingungen weiter arbeiten, verpflichtet, die Löhne für die Stunde um 2 S. herunterzusetzen.

b) Es wird eine Kommission gebildet, aus sechs Arbeitgebern und sechs Gezellen bestehend. Derselben liegt die Schlichtung von Streitigkeiten aus diesen Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgebern und Gezellen ob.

Zusätzliche hat sie im Einzelfalle zu prüfen, ob es den Umständen nach gerechtfertigt erscheint, die unter 7 a) angeführten Bestimmungen zur Anwendung zu bringen.

Wenn eine Entscheidung der Kommission nicht zu Stande kommt, oder eine der Parteien mit der Entscheidung nicht zufrieden ist, kann innerhalb acht Tage die Entscheidung des Gewerbegerichts als Einigungsamt angerufen werden.

Vor Ablauf von acht Tagen nach der endgültigen Entscheidung durch die Kommission bezw. des Einigungsamtes dürfen Aussperrungen oder Lohnherabsetzungen unter keiner Bedingung verhängt werden. Der Lohn soll und darf nur so lange herabgesetzt werden, bis der den Anlaß gebende Arbeitgeber wieder den Mindestlohn zahlt.

Die Arbeitgeber und Gezellen verpflichten sich, für die Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzutreten und Zustimmung abzugeben nicht zu erteilen.

Im Herbst, spätestens im November 1903, hat die Kommission aufkommen zu treten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für das nächste Jahr zu beraten. Falls dann keine Vereinbarung zu Stande kommt, läuft der Vertrag ab.

Diese Arbeitsbedingungen sind von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer angenommen und, unterzeichnet, auch soll jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet sein, dieselbe durch seine Unterschrift anzuerkennen.

Der Streik in Rauen ist am Sonntag, 3. August, aufgehoben worden, nachdem er zehn Wochen gedauert hatte. Ein solcher Beschluß war notwendig geworden, weil 45 pct. der vor dem Streik beschäftigten Maurer als Streikbrecher arbeiteten. Im Herbst oder im nächsten Jahre soll von Neuem versucht werden, die Forderungen zur Anerkennung zu bringen.

Die Kollegen in Köln a. Rh. sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am 5. d. M. fand eine Versammlung statt, in der Lohnkommission und Gesellenauschuss Bericht erstatteten über ihre bis dahin geleistete Tätigkeit. Auf ein an die „Freie Baugewerksinnung“ gerichtetes Schreiben, in welchem die Wünsche der Gezellen enthalten waren und der Vorstand der Innung ersucht wurde, bis zum 30. Juli eine Sitzung einzuberufen, um über die Forderungen zu unterhandeln, blieb unbeantwortet. Auf eine persönliche Anfrage des Mitglieds und des Kollegen Witz erklärte der Obermeister, Herr Diez, die Innung werde niemals mit dem Zentral-

verband der Maurer unterhandeln, wohl aber mit dem Gesellenauschuss, wenn dieser aus eigener Initiative diesfalls bei der Innung vorstellig würde. Er ver sprach dann aber, noch im Laufe der Woche eine Sitzung einzuberufen. Eine Umfrage bei den einzelnen Unternehmern hat ergeben, daß ein Teil derselben gegen die Forderung der Gezellen nichts einzuwenden hat, während andere wiederum erklärt haben, sie würden die Forderungen niemals bewilligen. In der Diskussion traten alle Mehr für die energische Durchführung der Forderungen ein. Nach einer eingehenden Beratung des Kollegen Wömelberg über die Situation im Allgemeinen fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

In Rücksicht darauf, daß der Vorsteher der Innung zu-geklagt hat, mit dem Gesellenauschuss bis Freitag dieser Woche zu unterhandeln, beschließt die Versammlung, die endgültige Entscheidung in der Lohnfrage bis nächsten Sonntag zu vertagen. Die Versammlung spricht aber ausdrücklich aus, daß sie unter keinen Umständen auf die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit verzichtet, und die Lohnbewegung erst dann für erledigt betrachtet, wenn auch die Zahlung des Lohnes sowie der anderen Punkte eine Einigung ergibt ist. Falls teilens der Unternehmer ein annehmbares Zugeständnis nicht gemacht wird, dann ist die Versammlung gewillt, von allen geschiedlichen Mitteln Gebrauch zu machen, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen.

Der Innungsvorstand hat es abgelehnt, für dieses Jahr eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten zu lassen. Er hat sich aber bereit erklärt, bei der Innungsversammlung zu beschwören, daß vom nächsten Jahre an ein Mindestlohn von 46 S. gezahlt und die zehnständige Arbeitszeit eingeführt wird; außerdem sind auf die Nebenforderungen, wie Lieberstunden etc., noch einige Zugeständnisse gemacht. Das Entgegenkommen der Innung ist, vorausgesetzt, daß die Versammlung zu den Zugeständnissen des Vorstandes ihre Zustimmung gibt, recht unbedeutend und die Lohnbewegung so minimal, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde sogar eine kleine Verminderung des Tageseinkommens für diejenigen Kollegen (circa 700) eintritt, die heute 44 S. und darüber erhalten. Die Situation ist der Durchführung der von den Gezellen aufgestellten Forderung nicht ungünstig. Die Feststellungen ergaben, daß 117 Unternehmer Arbeiten auszuführen haben. Davon gehören nur 29 der Innung an, während die übrigen nicht organisiert sind. Erstere haben 75 Bauten mit 442 Gezellen, letztere dagegen 220 Bauten mit 743 Gezellen. Einige Innungsmitglieder haben außerdem aber noch sehr dringende Arbeiten auszuführen, so daß sie bei einer Arbeitsreduzierung recht bald die Forderungen bewilligen müßten.

In der Versammlung des Zweigvereins am Sonntag, den 10. d. M., ist beschlossen worden, zur Erreichung der zehnständigen Arbeitszeit und 60 S. Stundenlohn in eine partielle Arbeitsreduzierung einzutreten.

Zu Warmen-Ebersfeld-Bohnhinkel wird es voraussichtlich ebenfalls zu einer partiellen Arbeitsreduzierung kommen, um die zehnständige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 60 S. durchzuführen. In Ebersfeld haben Unternehmungen mit den Unternehmern stattgefunden, haben aber nur den Erfolg gehabt, daß der frühere Stundenlohn von 46 S., der in der letzten Zeit ganz erheblich gesunken war, von den meisten Unternehmern wieder gezahlt wird. In Warmen beschloß zwar die zehnständige Arbeitszeit, jedoch ist der Stundenlohn durchschnittlich um 2 S. pro Stunde niedriger als in Ebersfeld. Es soll versucht werden, den Lohn mindestens auf dieselbe Höhe wie in Ebersfeld zu bringen. In Bohninkel ist die zehnständige Arbeitszeit bis auf einen Unternehmer durchgesetzt. Da die Verhältnisse in diesem Orte günstig liegen, wird die Erreichung eines entsprechend höheren Stundenlohnes voraussichtlich nicht mit großen Schwierigkeiten verknüpft sein.

Bei Schluß des Blattes wird uns noch telegraphisch mitgeteilt, daß die Kollegen in Ebersfeld beschloßen haben, überall dort die Sperren zu verhängen, wo ein Stundenlohn von 46 S. nicht gezahlt wird. Dasselbe wird jedenfalls auch in Warmen und Bohninkel beschloßen werden.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Befellungen auf die Nr. 17 des „L'Operato Italiano“ müssen bei unserer Expedition bis Montag, den 18. Aug., eingegangen sein. Später eintreffende Befellungen können nicht berücksichtigt werden, da das Blatt schon Dienstag früh gedruckt wird.

Die Zuschriften, die schneller Erledigung bedürfen, richtet man direkt an die Redaktion des „L'Operato“: C. Legien, Hamburg-St. Pauli, Wartenstr. 15, 2. Et.

In einer am Dienstag, 5. August, in Breslau abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung sprach Kollege Wösel über das Thema: Welche Organisation ist für den Maurer die zweckmäßigste und wie haben wir uns zu den jetzigen Kämpfen im Baugewerbe zu stellen? Unter den vielen Arbeitervereinigungen traten insbesondere drei Arten hervor, so nämlich der Arbeiter- und die freien Gewerkschaften. Die ersten zeichnen sich aus durch ein gutes Unterhaltungsweien aus, das allen Arbeitervereinigungen als Muster dienen könnte, trotzdem seien diese Vereinigungen nicht die geeignete Organisation, weil sie den Kampf gegen das Unternehmertum um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit vergessen. Schon infolge ihrer unrichtigen Schwäche konnten diese Organisationen den Arbeitern nicht nützen. So habe der Gewerbeverein der Bauhandwerker nur etwa 1900 Mitglieder, unter denen sich sogar schwache auch Unternehmer befinden. Die öffentlichen Gewerkschaften wiederum seien nur gegründet, um die Arbeiterkraft in ihrer Kraft zu zersplittern, darum geben ihre Mitglieder auch mit großer Vorliebe nach jenen Gegenden, wo bereits andere Organisationen bestehen. Ihnen, sowohl den öffentlichen wie den Hilfs-Dunder-Verbanden, stehen die freien Gewerkschaften gegenüber; die freie Gewerkschaft der Maurer sei infolge der im Baugewerbe herrschenden eigenartigen Verhältnisse erst jetzt auf dem Wege der Entwicklung. Die Maurer waren am Anfang meist in Fachvereinen verbunden, konnten in diesen aber den kräftigen Unternehmervereinigungen keinen erfolgreichen Widerstand leisten. Dies wurde erst anders, als 1891 nach einem Kongress in Göttingen der Zentralverband in Leben trat. Was dieser Verband seit jener Zeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder getan, ist allgemein bekannt. In Breslau allein ist ein Mitgliederstand von 80 000 jährlich bis jetzt erzielt worden. Und

die Verbesserung der sanitären und der Unfallverhütungsvorrichtungen auf den Bauten ist einzig dem Zentralverband zu verdanken. Haben die öffentlichen Gewerkschaften irgend welche Erfolge aufzuweisen? Warum war es überhaupt notwendig, daß vor zwei Jahren hier in Breslau eine Zählstelle des öffentlichen Maurerverbandes gegründet wurde? Im Zentralverband hat den öffentlichen Kollegen niemand etwas in den Weg gelegt, niemand hat in ihren religiösen Empfindungen verletzt. Es konnte nur die Absicht der Gründer sein, die Kräfte der Breslauer Maurer zu zersplittern. Weder kommt darauf auf die Lohnkämpfe in Hamburg, Kiel und Bogen zu sprechen und weißt nach, wie sehr in diesen Kämpfen das Recht auf Seiten der Arbeitnehmer liegt. Um so bedauerlicher sei es, daß gerade aus Schlesien und aus Breslau sich die meisten Streikbrecher den Unternehmern zur Verfügung gestellt haben. Das dürfe nie mehr vorkommen, dies seien die heimischen Maurer ihrer Ehre schuldig. Man solle nicht sagen, die Hamburger Unternehmer seien nicht im Stande gewesen, ihren Maurern die Mehrforderungen, wie sie es ihnen bereits im vorigen Jahre versprochen hatten, zu bewilligen. Waren sie doch im Stande, so hohe Kosten für die Beschaffung Arbeitswilliger aufzuwenden. In der letzten Woche der Aussperrung hatte die Bauhilfe bereits M. 74 000 für die Heranführung von Arbeitskräften ausgegeben. Hamburger Unternehmer haben die Kosten für einen Transport aus Ungarn nicht gezahlt; jeder Maurer kostete sie schon M. 200, ehe er in Hamburg auch nur einen Ziegel vermauert hatte. 200 Wiener Maurer haben den Meistern einen Kostenaufwand von M. 14 000 verursacht. Hieraus geht hervor, daß es den Unternehmern nur auf eine Nachprobe ankommen liege. Dies könne von den Arbeitern nur bedankt werden, wenn sie im Zentralverband bereit seien. In der Diskussion wurde von einer Seite erklärt, man könne es den Breslauer Maurern, die zum Teil schon so lange arbeitslos seien, nicht verdenken, wenn sie nach Hamburg gingen. Diese Erklärung, welche allgemeine Entrüstung erregte, so daß ihr Vertreter schließlich den Saal verließ, wurde von anderer Seite unter allgemeinem Beifall widerlegt, und verstand, daß die Breslauer Maurer lieber zum Bettelstab griffen, als zu Streikbrechern würden. Mit einem Hauch auf den Verband wurde darauf die Versammlung gegen 10½ Uhr geschlossen.

Am 3. August tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des Zweigvereins Bromberg, die sich vormalig mit der Errichtung eines Arbeitersekretariats beschäftigte. An derselben nahm auch Kollege Schwarz aus Danzig teil. Derselbe wünschte zunächst zu wissen, wie man sich die Errichtung des Sekretariats gedacht habe. Genosse Wösel beantwortete, hierüber keine Auskunft geben zu können, da er das nötige Material nicht zur Stelle habe. Kollege Sydow erklärte, ebenfalls nicht vorbereitet zu sein, im übrigen habe er in der letzten Mitglieder-Versammlung hinreichend Aufklärung gegeben, namentlich auch in Bezug auf die Finanzfrage. Weder tritt man für die Errichtung eines Arbeitersekretariats ein und gab dann einen Bericht über die bisherige Tätigkeit des provisorischen Sekretärs. Vom 1. April bis 1. Juli wurden 24 Auskünfte erteilt und 39 Schriftstücke angefertigt. Die Auskünfte betrafen: Gewerkschaften 15, Unfallrenten 19, Ortskassen 3, Wohnungsfreiheit 1, Alimenten 1, Steueranmeldung 6. Summa 74. Die Auskünfte wurden verteilt auf folgende Gewerkschaften: Wäcker 1, Bauarbeiter 16, Wäcker 3, Buchdrucker 1, Holzarbeiter 12, Maurer 7, Metallarbeiter 8, Schleifer 8, Zerstörer 2, Zerstörer 1, Zimmerer 12, Arbeiterinnen 8, Wäcker 6. Nachdem dann noch Kollege Schwarz und mehrere andere Redner sich zu der Angelegenheit geäußert hatten, wurde beschlossen, die Sekretariatsfrage zur nächsten Versammlung am 7. September noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Die Mitglieder werden ersucht, in derselben vollständig zu erscheinen.

Der Zweigverein Brunsbüttelkoog hielt am 6. August eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab, um sich mit dem Verhalten des Bauleiters Thode in Bezug auf die Sperre über den Unternehmern Witz zu beschäftigen. Thode hatte sich beim Hauptvorstand darüber beschwert, daß ihm der Zweigverein die Maurer entziehe, weil er annehme, daß dort ihm, Thode, die Arbeiten des gesperrten Unternehmers ausgeführt werden. Dies sei nicht der Fall, er arbeite vollständig unabhängig von Witz und habe auch die Forderungen der Gezellen vollständig anerkannt, gegeben müsse er aber, daß er auch einige Arbeiten von Witz übernommen habe, doch werde die Sperre dadurch garnicht berührt, da Witz solche Arbeiten wieder an andere Unternehmer weiter zu vergeben pflege. Thode war in der Versammlung selbst anwesend. Es wurde ihm nachgewiesen, daß seine in dem Briefe aufgestellten Behauptungen nicht der Wahrheit entsprächen, sondern daß er nur eine von Witz vorgeschobene Person sei, wie dies im vorigen Jahre ein gewisser Haß war, um die Sperre unwirksam zu machen. Die Versammlung beschloß einstimmig, die Sperre über die Witz'schen Bauten aufrecht zu halten und, um dieselben wirksam zu machen, in dem Verhalten zu Thode eine Veränderung nicht eintreten zu lassen.

Die Zählstelle Charlottenburg hielt am 29. Juli eine Versammlung ab. Zunächst erstattete der Kassier den Kassensbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Zählstelle betrug M. 463.93, die Ausgabe M. 296.12, Bestand M. 172.81; für die Hauptkasse wurden M. 4574.10 eingenommen. Die Abrechnung wurde bestätigt. Die Versammlung beschäftigte sich sodann mit der Bürgerfrage. Es wurde beschlossen, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, da die Bürger trotz der guten Konjunktur es unterlassen haben, Stellung zu der Zeitungsarbeit zu nehmen. Zum Schluß wurden verschiedene Wünsche auf Bauten gerichtet, insbesondere das Lafter der Lieberstundenarbeit. Die Kollegen wurden ersucht, diesen Wunsch ganz besonders zu befolgen.

Am 26. Juli fand in Göttingen eine Mitglieder-Versammlung statt, die sich mit dem Verhalten der beiden Kollegen Groß und Hohenstein zu beschäftigen hatte. Die beiden hatten ein Stallgebäude in Hildorf übernommen und dasselbe vor Beginn und nach Beendigung der gewöhnlichen zehnständigen Arbeitszeit fertig gestellt. Sie waren deshalb zu der Versammlung eingeladen worden, um sich hiergegen zu rechtfertigen, waren aber nicht erschienen. Die Versammlung beschloß einstimmig den Ausschluss dieser beiden überarbeitenden Leute.

Am 5. August fand im Saale des „Parkson“ in Leipzig eine öffentliche Maurerverammlung statt mit der Tagesordnung: Verurteilung; Referent Dr. Köpke. 2. Innere Berufsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung rühmt Kollege Meyer die aufopfernde Tätigkeit

und großen Verdienste des dahingegangenen Genossen Manfred Witzke, der sich nicht nur bei der Leipziger Arbeiter-Schaft, sondern auch bei der ganzen Arbeiterschaft Deutschlands verdient gemacht hat. Die Leipziger Maurer, denen er stets mit Auffassung und Beherzung nahe stand, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. Sie bezeugten dies, indem sie sich von ihren Plätzen erhoben. Alsdann ergreift Dr. Witzke das Wort zu seinem Vortrag. Es sei der Wissenschaft trotz aller Mühe noch nicht endgültig gelungen, die Ursachen der Krankheiten des Menschengeschlechts zu ergründen. Durch Statistiken ist allerdings festgestellt, daß es ganz bestimmte direkte Krankheiten gibt, die in einzelnen Berufen besonders hervortreten. Speziell bespricht er den Mauerberuf und weist nach, daß durch Verarbeitung des Materials, durch Witterungsverhältnisse u. d. der Maurer in steter Gefahr ist, krank zu werden, zumal ihm leider auf der Baustelle der geeignete Schutz nicht gewährt wird. Mehrere kommt zu dem Schluss, daß jeder Einzelne bei sich anfangen muß, um ein edles Mitglied der Gesellschaft zu werden, wenn die Gesamtheit gesund sein soll. Anknüpfend an diesen Vortrag, — vielmehr giebt Kollege Werner bekannt, daß der Zentralverband der Maurer Deutschlands für nächsten Sonntag, den 9. August, eine Statistik über die Wohnverhältnisse aufnehmen will. Mehrere legt den großen Wert der bezüglichen Statistik klar und ersucht die Kollegen auf's Nachdrücklichste, nächsten Sonntag auf der Sammelkarte den Wohnverhältnissen aufzugeben, ganz gleich, ob die Kollegen unter oder über 65 3. beziehen. Es ist das nötig, wenn die Statistik brauchbar werden soll. Die Leipziger Kollegen müssen dem Hauptverband beweisen, daß sie miteigentümlich dastehen. Die Versammlungen besuchenden Kollegen sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch die Kollegen, die verhindert waren, der Versammlung beizumohnen, nächsten Sonntag ihren Pflichten nachkommen. Ferner soll für diese Woche eine Forderung der Maurer vorgenommen werden, und hierzu werden die Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses und die Generalversammlungsvertreter der Ortskrankenkasse bestimmt. Im Weiteren wird ein Antrag der Schlichter Kollegen eingehend erörtert betreffs der hiesigen Zentralbauhofarbeiten. Selbiger wurde einstimmig der Leipziger Leitung zur Verdissektion überwiesen. Ein Untersuchungsgeheim vom Kollegen Viehweg aus Stettin wird dem Agitationskomitee überwiesen. Kollege Wauersfeld giebt das Verhalten seines früheren Unternehmers Pfessing und dessen Partiers Hippo bekannt und beantragt, den Letzteren aus dem Verband auszuscheiden. Der Antrag wird der Leitung zur Untersuchung überwiesen. Kollege Wauersfeld macht der Leitung in dieser sowie in einer anderen Angelegenheit Vorschläge, welche aber die Leitung als nicht zureichend zurückweist. Trotz mehrmaliger Ermahnung an die Kollegen, ihre Ortsnummer im Interesse der Geschäftsführung richtiger einzutragen, sind jene Maßnahmen bis jetzt erfolglos geblieben. Es wird deshalb nochmals ersucht, dies in Zukunft zu beachten.

Der Zweigverein Eilenberg i. Schl. hat im 3. Quartal eine recht gute Tätigkeit entfaltet. Die erste Versammlung, die am 16. April stattfand und zu der Kollege Knappe-Götsch als Referent erschienen war, beschäftigte sich mit der Lohnfrage. Bis zum 15. April war den Unternehmern Zeit gelassen, sich über den von den Gesellen aufgestellten neuen Lohnsatz zu äußern, sie hatten es aber vorgezogen, sich in Schweigen zu hüllen. Am 16. April wurde eine Statistik aufgenommen, welche ergab, daß 109 Maurer bei einem Stundenlohn von 30—33 1/2 am Orte beschäftigt waren. Die Arbeitsgelegenheit wurde jedoch zur Durchführung der Forderung nicht als ausreichend erachtet. Am 1. Mai hatten es die Kollegen bei einem Unternehmer unternommen, den Tag durch Arbeitskrise zu feiern. Wenn man bedenkt, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation in Eilenberg bis vor noch nicht langer Zeit ein vollständig unbeschriebenes Blatt war, so muß man dieses Unternehmen als ein Ereignis betrachten. Am 4. Juni fand die zweite Versammlung statt, in der Kollege Knappe einen befallig aufgenommenen Vortrag hielt über: „Der individuelle Arbeitsvertrag“. Auch wurde die Gründung einer Zählstelle der Zentralkrankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ angeregt. Leider ist daraus nichts geworden, da viele Maurer noch zu unabhängig sind. Ferner wurde die Abhaltung eines Stichtages festgesetzt. Zählstelle wurde mit den Steinhauern gemeinschaftlich gefeiert und hat ein günstigeres finanzielles Ergebnis gehabt, als das verjüngte. Anfang Juli suchten die Unternehmer durch Preisunterbieten die Arbeiter heranzuziehen, was die Zweigvereinsleitung veranlaßte, ebenfalls noch Arbeitskräften umschau zu halten. Es kamen denn auch einige von den streikenden Polenern Kollegen zugereist und erhielten Arbeit. Wie das aber gewöhnlich der Fall ist, ein Kollege ist stets darunter, und so auch hier. Einer der Zugereisten hatte unterwegs der Zählstelle so zugesprochen, daß er so ziemlich das Bedürfnis verloren hatte. Er war nicht mehr zu bändigen, lief von den Anderen weg und hat natürlich auf der Pollanda (Kreuzstraße) übernachtet. Dort hat er der Polizei berichtet, was diese veranlaßte, zu den Unternehmern zu gehen und diese schäuf zu machen. Als nun die übrigen Kollegen am anderen Morgen um Arbeit auftraten, wurde ihnen von dem Eilenberger Kollege, Herrn Buderz, zur Antwort: „Ich gebrauche 30 Maurer, aber Polener stelle ich nicht ein.“ Es zeigte sich aber auch noch ein anderer Unfug, der sich aus wohl schon anderwärts bemerkt haben mag. Die Polener Kollegen waren nämlich darauf verfallen, alle auf einem Bau untergebracht zu werden. Das ging nun aber unter keinen Umständen und wird auch wohl in den seltensten Fällen möglich sein. Die Zweigvereinsleitung sollte deshalb, wenn sie streikende Kollegen nach einem anderen Ort dirigieren, diese darauf aufmerksam machen, daß sie überall Arbeit annehmen können, wo ihnen solche geboten wird. — Am 14. Juli wurden auf dem Schlachthofsbau die Kollegen Szpals und Kramer getrauert. Daraufhin legten sämtliche Kollegen, 17 an der Zahl, die Arbeit nieder. Glücke davon konnten auf einem anderen Bau untergebracht werden, aber weil es um diese Zeit gerade ein bißchen warm war, zogen die Kollegen es vor, nicht zu arbeiten. Ein zugereister, über Posen kommender Maurer, Namens Gierlich, ebenfalls aus Verbundkollege, mußte einen anderen Ausweg. Er trauerte am Abend noch eine Menge Kollegen, die am Schlachthof die Arbeit eingestellt hatten, zusammen und am 17. Juli wurde die vor zwei Tagen verlassene Arbeit wieder aufgenommen. Hier wie überall dieselbe Erscheinung: die alten Kollegen

siehen fest und die jungen Durstigen werden Streikbrecher. Am 23. Juli fand abermals eine Versammlung statt, in der die Arbeitsgelegenheit am Ort besprochen wurde. Es stellte sich heraus, daß die Situation der Durchführung einer Lohnaufbesserung nicht günstig war. Es wurde deshalb davon Abstand genommen, aber beschlossen, jeder geplanten Lohnherabsetzung mit allen geeigneten Mitteln energisch entgegenzutreten. Die Arbeitsgelegenheit ist inzwischen noch schlechter geworden, so daß einige Kollegen schon ausziehen müssen.

Am Sonntag, den 27. Juli, Vormittags 10 Uhr, fand im „Thomashaus“ in München eine sehr gut besuchte Bauarbeiter-Versammlung statt, in der Referent Maurer über das Thema: 1. Die räumlichen Beziehungen der Baunternehmer zum Gebiete der Innungsschiedsgerichte und 2. Wie können wir es erreichen, gleich anderen Arbeitern, am Samstag um 6 Uhr Feierabend zu bekommen? sprach. Referent kam in erster Linie auf die diesbezügliche „deutsche Sozialreform“ zu sprechen und führte dabei an, daß diese das dem Arbeiter noch lange nicht biete, was sie ihm bieten solle. Dennoch werde sie von der bestehenden Masse außerordentlich gepriesen. Mehrere kam dann auf die Punkte und Innungen im Mittelalter zu sprechen und betonte, zu damaliger Zeit habe der Kampf zwischen den Innungs-Junkern und den Arbeitern gerade so geheißen wie jetzt, nur aber von dem jetzigen Unternehmertum besritten werde, da dieses den jetzigen Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer als von gewissen Grenzen ausgehend bezeichnet. Mehrere kam dann auf die Innungsschiedsgerichte zu sprechen und betonte, daß diese nur in klaren Worten die Krassen Missstände, die im Innungsschiedsgericht herrschen, und jetzt könnten die Unternehmer in allen Branchen die Innungsschiedsgerichte einführen. Dagegen soll energisch Protest erhoben werden. Folgende Resolution zu diesem Punkt fand einstimmige Annahme: „Die am 27. Juli 1902 im Thomashaus“ folgende öffentliche Bauarbeiter-Versammlung spricht sich entschieden gegen die von den Innungen dieses Berufs geplanten Verschärfungen gegenüber der Nachbarschaft aus. Sie erklärt, gestützt auf Jahre lange Erfahrungen, kein Vertrauen zu den Innungsschiedsgerichten haben zu können, da durch eine Reihe von Vorurteilen bewiesen ist, daß diese Gerichte die nötige Vorentscheidlichkeit bei ihrer Entscheidung vermissen lassen. Die Versammelten fordern alle freier denkenden Elemente, ob Arbeiter oder Arbeitgeber, auf, gleichfalls gegen die gesamte Ausbeutung der Innungsschiedsgerichte energisch Stellung zu nehmen. Zugleich spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die gelebenden Körperkassen bei konstanter Vertretung des Gewerkschaftsausschusses die Innungsschiedsgerichte überhaupt beseitigen möchten, da deren Wirken, statt positive Gegenstände zu mildern, dieselben nur verschärft. Weiterer kam nun zum zweiten Punkt und sprach sich dahin aus, daß es nur zu bemerken, ja bedauerlich sei, wenn in einer Großstadt im Jahre 1902 sich die genannten Branchen erst beraten müssen, wie es möglich sei, am Samstag um 6 Uhr Feierabend zu bekommen. Er wies nach, daß der Arbeiter der Bauhandwerk 12—14 Stunden täglich im Dienste des Unternehmers stünde. Er betont auch bei dieser Gelegenheit, es sei möglich gemacht werden solle, am Morgen die Arbeitsgelegenheit der Arbeiter billiger zu beschaffen. Zum Schluß erklärte die Arbeitsgelegenheit einmal hauptsächlich betonen, ob sie das „Wohlfühlen“ für die Arbeiter nicht biete, um die Rinde, daß wenn die Arbeiter nur mit einer so bescheidenen Forderung an sie herantraten. Zu diesem Punkte wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Zugleich des 6. Uhr-Arbeitschlusses am Samstag beschließt die heutige Versammlung, daß die in Betracht kommenden Verordnungen ein gemeinsames Ansuchen an die Baunternehmer richten um Vereinfachung des Feierabendchlusses am Samstag um 6 Uhr. In dieser Eingabe sollen die in heutiger Debatte zu Tage getretenen Gesichtspunkte enthalten sein, mit dem hauptsächlichsten Hinweis, daß in fast allen anderen Berufen am Samstag mindestens um 6 Uhr die Arbeit beendet wird, ohne daß dem Arbeiter für diese Stunde Lohnabzüge gemacht werden. Die Versammelten beantragen eine Kommission von fünf Mitgliedern aus der heutigen Versammlung, unbestätigt mit den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften (Maurer, Zimmerer, Steinarbeiter, Bauarbeiter und Holzarbeiter) zur Ausführung obiger Punkte in Verbindung zu treten.“ Gewählt wurden zur Kommission für die Maurer Franz v. d. H., Zimmermeister Joseph Obermeier, Steinarbeiter J. B. M. M., Zimmermeister Eduard Vaminger, Holzarbeiter Joseph Spitzer. In der Diskussion spricht Kollege Roth an, daß er es begrüße, was die Bauarbeiter in dieser Sache beschlossen haben, und erklärt, daß die Holzarbeiter Schuster an Schuster mit den Bauarbeitern für diese Sache einziehen wollen. Er tabelt weiter in klaren Worten die Gleichgültigkeit der Münchener Bauarbeiter. Nachdem Kollege Zimmerer ebenfalls die Laus der Bauarbeiter einer scharfen Kritik unterzogen hatte, schloß der Vorsitzende Schuster mit einem dreifachen Heil auf die Organisation die Versammlung.

Am Sonntag, den 3. August, fand in Ober-Märken eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, in welcher die Kollegen Roth, Frankfurt über: „Bauarbeiter-Schutz“ und Kollege Eber-Märken über: „Die Erwerbsverhältnisse der deutschen Maurer im Allgemeinen“ referierten. Kollege Roth wies in seinem Referat auf die Missstände im Baugewerbe hin, indem er klagender Schluß, um das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu sichern, nicht vorhanden sei. Besonders kritisierte er scharf das Verhalten der Kollegen, wenn sie es nicht verstanden, die Missstände auf friedlichem Wege zu beseitigen und dann, wenn sich dies als unmöglich erweist, an die Polizei zu wenden. Dies in launicher Beziehung wies er auf die großen Missstände hin, indem die Arbeiter und Bauhandwerker in mangelnder Beziehung zu einander überlassen. Zum Schluß betonte er die Ausübung der Selbsthilfe, weil nur von Staat und Behörden auf eine vernünftige Regelung des Baugewerbes nicht zu rechnen brauchen. Diese Schlußfolgerungen wurden durch partei Organisationem gemildert werden. In der darauffolgenden Diskussion ergreift der dritte Kollege Roth'sches Wort und sollte anfangs den Ausführungen Roth's Beifall, drehte sich allmählich aber und schloß in langer Rede über das Verhalten der Maurer, die an den Unfällen oftmals selbst schuld seien. Er kam dann ganz von der Tagesordnung ab, so daß der Vorsitzende sich genötigt sah darüber abzukommen, ob Roth zu diesem Punkte weiter sprechen solle oder nicht. Die Abstimmung ergab mit großer Mehrheit, daß Roth seine Klagen im

absoluten Punkte vorbringen könne. Dann referierte Kollege Wühl über die Erwerbsverhältnisse der deutschen Maurer. Er wies nach, daß die Organisation sich aus kleinen Anfängen entwickelt hat und schwere Kämpfe während des Sozialistengesetzes bis auf den heutigen Tag durchgemacht habe. Trotz Alledem ist es ihr gelungen, sich lebensfähig zu entwickeln und stark zu werden. Die Erfolge sind auch nicht ausbleiben, besonders die Kollegen in Süddeutschland haben keine Veranlassung, mühslos zu sein, indem sie durch die Organisation in den letzten Jahren fast allenthalben Erfolge erzielt haben. Hierauf ergreift wieder Roth das Wort und erklärte, das Referat Wühl's sei ein sozialdemokratisches. Er erging sich in den Schimpfereien gegen die Redaktion des „Grundstein“ wegen der Festsätze und schimpfte dann wieder über die Gottlosigkeit und Bildungslosigkeit der Maurer. Da er erdreckte sich fogar, die auswärts arbeitenden Obermänner Kollegen als Verräter hinzustellen. Als die Versammlung die Namen von ihm verlangte, schloß er sich aus. Die Kollegen Roth und Wühl wiesen dann unter allseitigem Beifall der Versammlung die Beschuldigungen des christlichen Fritz gebührend zurück und bemerkten, daß Fritz heute gerügt habe, daß er der grimmigste Feind der Organisation sei. Sein moralisches Verhalten in der Versammlung sei gerade beschämend für ihn. Auch die christlichen Vorkämpfer und Jung erhielten ihres zutreffenden Verhältnisses wegen eine derbe Abfuhr. Wegen vorgerückter Zeit mußte Schluß gemacht werden, trotzdem sich noch eine Anzahl Verbandskollegen zum Wort gemeldet hatte, um die Vergangenheit dieser guten Christen etwas näher zu illustrieren.

Aus Osterode i. Pr. wird uns geschrieben: Die Lage der organisierten Kollegen ist eine sehr traurige. Obgleich hier diesen Sommer viel Arbeit ist, da mehrere größere Bauten ausgeführt werden, sind doch mehrere Kollegen arbeitslos. Während fremde zugereiste Maurer immer Arbeit bekommen, erhalten die hiesigen Kollegen, wenn sie um Arbeit anfragen, stets eine abschlägige Antwort. Die Osteröder Maurer werden nicht eingestellt, heißt es. Zwei Kollegen hatten in Marienburg Arbeit erhalten, waren aber von den dortigen Kollegen, die darüber wissen wollten, so arg mißhandelt worden, daß sie, wollten sie sich nicht gänzlich zu Schanden schlagen lassen, schleunigst Marienburg wieder verlassen mußten. — Die letzte Mitteldeutsche Versammlung wurde im „Eisenhof“, Weitzer Werke, abgehalten. Nach ein paar Tagen erhielt der Restaurateur eine Polizei-Verfügung zugesandt, worin ihm angedroht wurde, daß ihm die Konzession entzogen werden würde, wenn er noch einmal sein Lokal zu einer Versammlung des Zweigvereins hergeben würde. Trotz dieser Demütigung ist es uns nicht gelungen, ein anderes Lokal zu erhalten. Wenn die Polizei glaubt, daß sie durch solche Mittel die Organisation zerstören kann, so urre sie sich. Die hiesigen Kollegen werden nach wie vor ihren zur Bahne halten.

Der Zweigverein Rendsburg beschloß sich in seiner Mitteldeutschen Versammlung am 6. August mit den beiden Maurern Schöke und Gerlich. Die beiden hatten sich am 29. Juni aufgenommen lassen und dabei versprochen, daß sie schon 28. August Mitglieder der Gewerkschaft werden. Nachträglich teilte der Vorsitzende des Zweigvereins mit, daß sie dort Mitglieder waren, die dortigen Mitglieder aber während der Aufnahmezeit schwer geschädigt hätten. Schöke hat auch noch in Rendsburg als Streikbrecher gearbeitet. Auf Grund dieses Verhaltens wurden beide wieder aus dem Verbande ausgeschlossen. Die Versammlung war nur von 25 Mitgliedern besucht, während der Zweigverein deren 100 zählt. Die nächste Versammlung findet am 19. d. Mts. statt und werden die Kollegen ersucht, in derselben zahlreich zu erscheinen.

Aus Stettin erhalten wir folgende Aufsicht: Bezugnehmend auf die Notiz aus Garg a. d. O. in Nr. 81 des „Grundstein“ bemerken die darin Angeführten, daß sie von dem Eindecker schändlich betrogen sind. Warum haben die Garger uns nicht mit den dortigen Arbeitsverhältnissen bekannt gemacht, sie hätten uns doch mit dem Parier sprechen lassen, fürchten sie ihren Parier so sehr? Da wir nun in Kenntnis mit den dortigen Verhältnissen die Arbeit angenommen, waren wir verpflichtet, dieselbe fertig zu machen, und haben wir dabei nicht 1 Stunde Mittagspause, sondern über eine Stunde gehalten. Der Eindecker scheint aber von Unarbeit nichts zu verstehen, sonst würde er wissen, daß ein Gissack nicht über Mittag stehen lassen kann, und ist ein solcher Fall auch nur einmal vorgekommen. Was nun die Mischung der Beschäfte anbelangt, so geben wir den Gargern zu bedenken, daß hier Kleinfabrik — wie uns gesagt wurde, Garger Kollegen — billiger im Alford arbeiten, als vereinbart ist. Des Weiteren geben wir den Garger Kollegen anheim, ihre Landleute aus Stettin abzuheben, damit die Stettiner ihr Brot zu Hause verdienen können, sonst aber sind wir bei dieser schlechten Zeit gezwungen, außerhalb zu arbeiten; aus bloßem Übermut sind wir nicht nach Tarnow gegangen. Wir erwarten nun von dem Eindecker, daß er das über uns Gesagte widerlegt und einen wahrheitsgemäßen Bericht einreicht. Gdr. Wagner, F. Fiecke.

Am Sonntag, den 28. Juli, fand in Wattencheid eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung statt, zwecks Gründung einer Zählstelle des Zweigvereins Bochum. Kollege Schumacher wurde als Vorsitzender, Kollege Füller als Kassier gewählt. Sodann wurde die Lokalfrage besprochen, weil der jetzige Inhaber des Wilsen'schen Lokales den Saal zu Versammlungen nicht mehr hergibt. Als neues Lokal wurde das Hotel Brügmann, Nordstraße, bestimmt. Es ist Pflicht der Kollegen, die Versammlungen, welche jeden zweiten und vierten Sonntag in jedem Monat stattfinden, sehr zahlreich zu besuchen.

Krankenkasse.

Stromberg. Auf Eruchen des Vorstandes der Central-Krankenkasse der Maurer u. d. h. fand am Montag, den 28. Juli, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Krause über das Krankheitswesen sprach. Mehrere legte die einzelnen Grundzüge der bestehenden drei Krankenkassen der Versammlung auseinander und gleichseitig, welche Vorteile die Central-Krankenkasse der Ortskassen gegenüber bietet. In der Diskussion sprachen noch einige Kollegen über die Verhältnisse, die den Mitgliedern der Ortskrankenkasse zu Teil geworden ist. Bemerkenswert ist die Schilderung eines Kollegen, welcher vor einigen Wochen während seiner Arbeit erkrankte und darauf Ansprüche an die Ortskrankenkasse stellte. Der Mann wurde von einem Beamten zum anderen geschickt

und überall abgewiesen und noch höhnlisch mit dem Gefängnis gehandelt. An die traurige Lage erinnert, sagte der Kollege mit schmerzlichen Augen, daß es damals sehr Wunsch gewesen sei, in's Gefängnis zu wandern, da er dort wenigstens als Kranter behandelt worden wäre. Nur durch den Einfluß höher stehender Beamten ist der Kollege zu seinem Rechte gelangt. Durch die lange Verzögerung der Behandlung ist er aber für sein ganzes ferneres Leben ruiniert, da die Krankheit während dieser Zeit größere Dimensionen angenommen hatte. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, der Zentralkrankenkasse beizutreten, da diese Kasse doch mehr Vortheile bietet als die Orlankrankenkasse.“ Der Referent ermahnte die Kollegen, das Versprechen, das sie abgegeben haben, nun auch zu halten und der Zentralkrankenkasse beizutreten. Im zweiten Punkt sprach Kollege Sydow über den Einfluß des Gefängnisses auf die Bildung der Kollegen und ermahnte sie, dem Gefängnis beizutreten.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Auf dem Schulhausneubau in der Hohenzollernstraße in Schöneberg ist am Freitag, 1. August, schon der vierte Unfall passiert. Der Arbeiter Diom bellig mit einer Last Kalk die Leiter zum zweiten Etage. Kurz nachdem er die abgedeckte Mühnung verlassen hatte, rutschte er infolge eines Rutschens von der Spindel ab und trat mit einem Fuß durch. Hierbei hatte er das Unglück, sich das rechte Schienbein zu brechen. Die Wunde Kalk mußte er infolge des Unfalles fallen lassen, glücklicherweise den hinteren D. aufsteigenden Balkenträger nicht verletzend. D. wurde per Drohsche nach der Unfallstation in der Kollendorferstraße und von da nach Hause gefahren. — Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwoch, 6. August, Morgens um 8 Uhr, auf dem Neubau der Firma Hoffmann & Kühnemann bei Schönholz zugetragen. Der 57-Jährige Arbeiter Wilhelm Dajomdre arbeitete auf einer Höhe, nicht mehr sehr guten Belter, und diese glitt aus. D. stürzte infolgedessen acht Meter tief herunter auf hartes Pflaster. Mit Verletzungen an verschiedenen Körpertheilen wurde er in einer Drohsche nach einer Unfallstation und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Ein Unfall, bei welchem ein Arbeiter schwer zu Schaden kam, trug sich am 7. August auf dem Neubau Joachim Friedrichstraße 47/48 in Galessee zu. Der Bau wird von der Firma Mittag ausgeführt; der zum Mauern benutzte Mörtel wird durch einen Fäßstößel befördert und oben von Arbeitern dorthin mittels eiserner Rosten, welche durch Klammern am Körper des Arbeiters befestigt werden, nach den Arbeitsstellen der Maurer getragen. Der Arbeiter A. d. m. trug mit seinen Kollegen den Mörtel auf eine sogenannte Nippelstütze. Als A. d. m. mit seiner Last die zur Mühnung führende Treppe besteigen wollte, zog ihn, wahrscheinlich als er stolperte, die Last nach hinten. A. fiel rückwärts von der Mühnung durch ein Fenster in den Hofraum und von hieraus auf die Abdeckung in der Kollendorferstraße letzten Etage hinab. Dies Unglück konnte nur bei der Anordnung des eisernen Rostens, welcher an Klammern getragen wird, passieren; der Rosten machte es dem Verunglückten unmöglich, sich rechtzeitig von seiner Last zu befreien. A. kam schwer mit dem Kopf zuerst auf und trug schwere Verletzungen davon. Er wurde sofort in einer Drohsche nach der Unfallstation gebracht, wo schwere Verletzungen der Gliedmaßen konstatiert wurden. Nach Ansicht der beteiligten Arbeiter ist das Unglück weniger der mangelhaften Mühnung als vielmehr der Gefahr bei der Arbeit aufzufahren; die Arbeiter werden von den beteiligten Arbeitern in Afford ausgeführt. Abgesehen davon, daß die Affordarbeit an sich schon ein Gefahren und Jagen birgt, wird die Treiberei bei der Firma Dietrich & Co. noch verstärkt durch einen Vorarbeiter, welcher für sein Sandbrett, die Leute zu verstärkter Tätigkeit angustachen, pro Laufend transportierter Steine 6 s extra erhält. Die Arbeiter dieser Firma stellen alle der Organisation fern und es muß leider konstatiert werden, daß schon auf unzulässigen Bauten, wo organisierte Bauarbeiter zum Zwecke der Ausbesserung der Roh- und Arbeitsbedingungen die Arbeit niederlegen, es die Arbeiter dieser Firma waren, die ihren streikenden Arbeitsbrüder die Forderung illusorisch machten, indem sie die Plätze beetzten. Wann endlich werden auch die Arbeiter dieser Firma einsehen, daß durch die Organisation Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet und diese entwürdigenden Zustände beseitigt werden? — Ein weiterer Unfall ereignete sich am Nachmittage bestelben Tages auf dem von der Firma Goetz & Co. ausgeführten Ausbau Lindenstraße 60. Der Maurer Ferdinand Seeger bestieg mit einigen Maurerfeinen eine Leiter zu einem höheren Stockwerk. Seeger verlor infolge eines Rutschens das Gleichgewicht, stürzte ab und zog sich eine schwere Kopfverwundung zu. Er wurde auf der Unfallstation verbunden und mittels Drohsche nach Hause gefahren. Ob er weitere innere Verletzungen erlitten hat, ist noch nicht festgestellt.

Hamburg. Durch einen Sturz von dem Gerüst bei den Gaswerken am Elbbüsch hat der bei dem Unternehmer Paul Geier beschäftigte Maurer Thomas Koppa sich am Mittwoch, 6. August, schwere innere Verletzungen und eine Verletzung der Brustkiste zugezogen. Er fand Aufnahme im Marienkrankenhaus. — Am Sonnabend, 9. d. M., ereignete sich auf einem Neubau in dem Stadtteil St. Georg ein schwerer Unfall. Infolge eines Gerüststurzes stürzte der Bauarbeiter Kewlin in die Tiefe und erlitt hier schwere Verletzungen, die seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machten. Der Verletzte ist verheiratet und Vater einer zahlreichen Kinderfamilie. Das heruntergebrochene Gerüst wurde von einem „arbeitswilligen“ Maurer aus Wien aufgebaut. An diesem Bau wird, wie es scheint, in recht leichtsinniger Weise mit dem Leben der Arbeiter umgegangen, denn es sind in der letzten Woche nicht weniger als sechs Menschen (Gebel) getroffen, glücklicherweise ohne daß jemand dabei zu Schaden kam. Die Unfallverhütungsbereitschaften werden in keiner Weise von den am Bau beschäftigten „arbeitswilligen“ Maurern und Bauarbeitern beachtet. Der Bau wird ausgeführt von dem Unternehmen Geier, einem Anhänger der Schrammgesellschaft.

H. d. e. In der letzten Zeit haben sich hier mehrere Bauunfälle ereignet. Am dem Neubau des Unternehmens Fr. Wille in der Wilsdorfstraße stürzte am 28. Juli ein

Bogen ein, wobei der Lehrling Schäfer bedeutende Kopfverletzungen davontrug, so daß er eine längere Zeit arbeitsunfähig war. Die Schuld lag jedenfalls daran, daß man die Bogenstellung zu früh entfernt hatte. Bei demselben Unternehmen stürzte am 28. Juli an dem Neubau an der Henningshofstraße ein Maurer durch die Schuttboden und wurde erheblich verletzt. An dem Neubau des Unternehmens Martin Söbe an der Schützenstraße stürzte am Montag, den 4. August, der Lehrling Stange durch einen Festtritt vom Gerüst im dritten Stockwerk. Die Baustellen im dritten Stock war nicht abgedeckt. Stange versuchte sich an einem Balken festzuhalten, was ihm jedoch nicht gelang. Derselbe stürzte bis zum zweiten Stock herab auf den Kopf. Einige Arbeitskollegen gingen zum katholischen Krankenhaus, um den Krankenwagen zu holen. Derselbe war jedoch in einem Zustande, der seine Verwundung unmöglich machte. Der Verunglückte wurde nun auf eine Kasse gepackt und nach dem Krankenhaus gebracht, wo er in der folgenden Nacht starb. Als am anderen Tage der Vater des Verunglückten den Unternehmer fragte, auf welche Ursachen das Unglück zurückzuführen sei, wurde ihm von dem Unternehmer geantwortet, er mühe es nicht, er hätte sich noch nicht darnach erkundigt. Hieran kann man sehen, wie viel einem Unternehmer an einem Menschenleben liegt; ihm geht der Profit über Alles. An einem anderen Bau desselben Unternehmens, ebenfalls in der Schützenstraße, fiel am Mittwoch, den 6. August, ein Maurer durch die Schuttboden. Derselbe erlitt Verletzungen an der Brust. Die sogenannten Schuttboden sind größtenteils mangelhaft. Es soll vorkommen, daß die Nägel, mit welchen die Latten an die Balken genagelt sind, höchstens einen Zoll tief in den Balken eindringen. Auch die Bretter, welche zur Eindeckung benutzt werden, haben gewöhnlich nicht die nötige Stärke. Würde die Baupolizei ihr Augenmerk besser auf die Bauten richten, so würde mancher Unfall vermieden werden. Aber gewöhnlich kommt die Polizei erst, wenn die Unfälle passiert sind. Da wird natürlich vorher erst von den Unternehmern „gehort“, daß Alles in Ordnung ist. Aus allem diesem ist zu ersehen, daß die Forderung der organisierten Bauhandwerker, aus ihren Reihen Baukontrolleure zu wählen, eine Notwendigkeit ist.

H. d. e. Auf dem Neubau Fuhlenstraße 1/2 schwer zu Schaden gekommen ist der Bauarbeiter Johann Dohmann. Der Bau wird von dem Baumeister Wadum in Schöneberg ausgeführt. Beim hinaufgehen eiserner Träger nach dem ersten Stockwerk wurde Dohmann von einem Träger, der umgedreht werden mußte, getroffen und fiel infolgedessen auf die 1½ Meter tiefe liegende Zwischeneinstellung hinab. Er erlitt dabei eine schwere Hüftgelenkverletzung und mußte daher nach dem Krankenhaus überführt werden.

Submissionswesen und Streiklausel.*

Ich will nicht eigentlich über das Submissionsverfahren reden, sondern nur insoweit, als es zum Verständnis meiner Resolution notwendig ist. Es handelt sich in derselben hauptsächlich darum, daß wir die Streiklausel abweisen und die Lohnlausel zur Einführung bringen. Wir wünschen das für alle Verträge von Behörden mit Unternehmern, nicht nur beim Submissionsverfahren. Dieses ist zu Beginn der fünfziger Jahre aus Frankreich nach Deutschland importiert und auf Anträgen der Fortschrittler gegen den Willen der konservativ-liberalen Richtung zur Durchführung gebracht worden. Die Gegner des Submissionswesens haben seine Schäden ganz richtig vorausgesagt. Wenn ich in meiner Resolution im Eingang prinzipiell die Beseitigung des Submissionswesens verlange, so ist das auf die ungeheuren Nachteile zurückzuführen, mit denen diese Art der Arbeitsvergebung verbunden ist. Ich glaube, es ist nicht notwendig, ihnen genauer auseinanderzusetzen, inwiefern das Submissionswesen die Preise herunterdrückt; ich will ihnen aber einige charakteristische Zahlen nennen. Bei einer Submission der Eisenbahnverwaltung Köln betrug das Höchstgebot 833 978,60, das Mindestgebot 188 801. Das ist eine Differenz von 150 000. Ähnliche Sachen können sie täglich in der Zeitung lesen. Man kann ja sagen, es ist noch nicht bewiesen, daß der Mindestfordernde nicht richtig gerechnet hat; der Höchstfordernde kann ja einen ungeheuren Profit in Aussicht gebracht haben. Das kann hin und wieder zutreffen, auch der Mindestpreis kann richtig kalkuliert sein; im Allgemeinen wird aber wohl der Preis der richtige sein, so daß also durch die niedrigen Angebote hauptsächlich die Preise gedrückt werden. Uns beschäftigen natürlich hauptsächlich die Schädigungen der Arbeiter bei diesen Submissionen, deren Löhne man zu drücken sucht, um nur ja so billig wie möglich zu arbeiten. Dagegen wollen wir uns wehren. Wie das Submissionswesen zweckmäßig zu reformieren wäre, interessiert uns hier nicht; in der Beziehung haben wir ja keinen Einfluß. Von Interesse ist es, zu wissen, daß der württembergische Landtag kürzlich einen Antrag angenommen hat, die Behörden sollen darüber nachdenken, daß die Kosten der Voranfragen für öffentliche Bauten sich mit den tatsächlichen Materialpreisen und Löhnen in Uebereinstimmung befinden. Das ist eine sehr gute Forderung, und es wäre nur zu wünschen, daß die Beamten, die Voranfragen aufstellen, haben, in Zukunft mehr Försicht mit den Arbeitern nehmen, damit sie nicht in's Wane hinein ihre Ansprüche machen. Dann werden auch Voranfragen gemacht werden können, an denen es nachher nichts zu rütteln giebt. Recht bekommt meistens derjenige den Aufschlag, der die niedrigste Forderung gestellt hat, und wenn die ja niedrig war, dann wird schlechtes Material geliefert und man muß auch dem Arbeiter herauszufinden, was oben geht. Deshalb fordern wir die Lohnlausel. Ich sage ja: grundsätzlich wollen wir das ganze Submissionswesen abschaffen; da wir darauf aber keine Einwirkung haben und uns das zunächst auch weiter nichts angeht — mögen die Behörden sich damit abfinden — so verlangen wir wenigstens diese Schutzbestimmung für den Arbeiter. Es ist das eine Sache, die alle Gewerkschaften angeht; wir müssen alle auf die Einführung der Lohnlausel hinarbeiten.

Was wir mit der Lohnlausel wollen, wollen die Unternehmer mit der Streiklausel. Sie wollen sich damit sichern, daß sie für die Dauer eines Streiks von ihren Vertragspflichten entbunden werden. Und zwar soll das nicht nur für Streiks gelten, die die Arbeiter inszenieren, sondern auch für Streikperungen; auch da sollen Konventionalstrafen und

ähnliche Abmachungen außer Kraft treten. Ich darf getrost behaupten, daß wir in dieser Beziehung unseren Bauunternehmern die Priorität zuerzählen müssen; ich möchte nicht, daß Andere ihnen vorweggegangen wären. Die Bauunternehmer haben auf beschiedenen ihrer Verbandstage Propaganda dafür gemacht und schließlich beschlossen, daß jedes Mitglied des Verbandes verpflichtet sei, die Aufnahme der Streiklausel zu fordern, gleichviel, ob es sich um Verträge mit Privaten, mit dem Staat oder mit Gemeinden handelt; die Mitglieder müssen Wechsel bis zu 8 000 hinterlegen, die verfallen, wenn ihnen nachgewiesen wird, daß sie es verabsäumen haben. Die Streiklausel zur Durchführung zu bringen. Eine ganze Reihe von Gemeinden hat die Streiklausel eingeführt, und auch eine kleinere Zahl von Landesbehörden hat dem zugestimmt, eine größere Anzahl mit Vorbehalt, während andere erstensweise die Aufnahme der Streiklausel abgelehnt haben. Die namhaftesten preussischen Ministerien und das württembergische haben es abgelehnt, die Streiklausel von vornherein aufzunehmen, aber die einzelnen Ministerien wollen von Fall zu Fall darüber entscheiden. Es kann ja vorkommen, daß infolge bösser Gewalt die Arbeit nicht fertig wird, aber wenn wir bedenken, daß ein preussischer Minister des Innern erklärt hat, für ihn bedeute jeder Streik eine höhere Gewalt, so darf man wohl schließen, daß die Unternehmer stets begünstigt werden, und dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren.

Ein Beispiel wird Ihnen klar machen, wie die Unternehmer vorgehen. Die Maurer Hamburgs sperren einige Unternehmer, die ihre Forderungen nicht bewilligen wollten. Die Folge davon war, daß nicht nur die Unternehmer Hamburgs, sondern auch die von Altona, Wandsb. und Harburg, die Maurer auszusperren beschloßen. Und das, obwohl die Hamburger Maurer einen Vertrag mit der Jannung abgeschlossen hatten, wonach ihr Arbeitsverhältnis noch bis Ende März nächsten Jahres läuft! Also dadurch, daß in Hamburg einige Unternehmer angegriffen wurden zur Erzwingung der neuwilligen Arbeitszeit und eines Lohnes von 70 s, fühlten sich die Hamburger Unternehmer veranlaßt, die Arbeiter auszusperren. Ja, die Ausspernung ist in Hamburg nicht so eracht durchgeführt, wie in Harburg; wo doch selbst gar keine Differenz vorlag. Sobald die Unternehmer auf die Streiklausel pochen können, können selbst wichtige Staats- und Gemeindearbeiten ein Stillstand liegen bleiben, und dagegen sollten sich nicht nur die Arbeiter wehren, sondern mit aller Entschiedenheit auch das ganze große Publikum, und erst recht Staat und Gemeinde. Ich bin überzeugt, daß verschiedene Unternehmer auch im Gebiet des „Wies-Städte-Bundes“ im Besitz der Streiklausel sind, und weil sie darauf pochten, konnten sie die Ausspernungen in folchem Umfange vornehmen.

Betrachten wir nun die Sache von der anderen Seite, von der des Unternehmers! Der Reichsgerichtsrath Klant hat kürzlich in der „Deutschen Juristenzeitung“ einen interessanten Fall mitgeteilt. Eine Baufirma in B. hatte einen Wechsel über 8 000 hinterlegt für den Fall, daß sie zurücktreten würde vom Bauunternehmerverein überhaupt oder daß sie die Streiklausel auf zur Durchführung brähe. Diese Firma übernahm Arbeiten für die Polizeibehörde, und die Polizeibehörde ließ sich auf die Streiklausel nicht ein. Selbst war es ein großes Objekt, und der Unternehmer übernahm den Bau auch ohne Streiklausel. Gleichzeitig erklärte er seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband, weil er meinte, daß er sich gegen das Statut vergangen hätte. Aber sein Austrittsgesuch wurde nicht genehmigt, da der Austritt erst am 31. März erfolgen konnte. Der Verband verurteilte, den Wechsel einzulösen, und zwei Anzeigen, Landgericht wie preussisches Kammergericht, verurteilten den Unternehmer zur Zahlung; es wurde entschieden, daß der Verband zu Recht das Geld einzulösen könne. Erst das Reichsgericht hat das Urteil auf. Es wäre geradezu unerhört gewesen, wenn das Reichsgericht das Urteil bestätigt hätte, denn der Vertrag und das Statut des Unternehmerverbandes verstößen gegen die §§ 152 und 153 des Gewerbeschgesetzes und auch gegen die guten Sitten. Allerdings sind wir ja gewohnt, daß hierbei mit allerlei Maß gewisselt wird. Nach § 18 des Statuts jener Unternehmervereinigung kann die Generalversammlung anordnen, daß alle oder einzelne Arbeitnehmer auf den Bauten der Mitglieder für bestimmte oder unbestimmte Zeit auszuschließen sind, und nach §§ 8 und 11 sind die Mitglieder verpflichtet solcher Anordnung nachzukommen bei Vermeidung einer Strafe von 8 000. Also, wenn es einer Generalversammlung beliebt, ohne jeden Anlaß zu beschließen, wie wollen die Arbeiter auspersen, so hat sich jedes Mitglied zu fügen! Dann steht alle Arbeit still, selbst wenn die geringfügigsten Differenzen zu Grunde liegen, die vielleicht durch ein Schiedsgericht in wenigen Stunden geschlichtet wären. Ich glaube daher, der Gewerkschaftskongress kann ohne jeden Vorbehalt der Resolution zustimmen, die besagt, daß die Aufnahme der Streiklausel unter allen Umständen zu unterbleiben hat. (Zustimmung.)

Etwas anderes ist es mit der Lohnlausel. Die Lohnlausel soll uns schützen, sie soll zum Ausdruck bringen, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die vertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen oder die Bedingungen, die die Arbeiter sich erkämpft haben, innezuhalten. Ich will nicht eingehen auf Verordnungen aus längst vergangenen Zeiten, sondern nur sagen, daß auch früher ähnliche Bestimmungen bestanden haben, aber diese Bestimmungen waren darauf gerichtet, den Höchstlohn zu begrenzen, während wir fordern, daß nicht unter einen Mindestlohn heruntergekommen wird. In neuerer Zeit ist hauptsächlich in England die Bewegung für die Lohnlausel in Gang gebracht worden. Den Londoner Schiffseignern gelang es, ihren Gewerkschaftsrat bei der Regierung zur Anerkennung zu bringen. Dann nahm der Londoner Schlichtungsausschuß die Lohnlausel auf. Dasselbe lautet: „Wo die Londoner Lohnlausel in Kraft ist, soll der Unternehmer den von ihm beschäftigten Arbeitern nicht weniger als die in den verschiedenen Gewerben anerkannten Minimallohn zahlen.“ In allen anderen Distrikten, wo die Londoner Lohnlausel in Kraft ist, soll der Unternehmer seinen Arbeitern und allen anderen von ihm in Verbindung mit seinem Kontrakt indirekt beschäftigten Arbeitern nicht weniger als den Minimallohn zahlen, der dort zur Zeit gebräuchlich ist und allgemein den Arbeitern gezahlt wird.“

Das ist ungefähr das, was auch wir fordern müssen. Auf Einzelheiten, wie der Minimallohn zu bemessen ist, kann ich

* Referat des Kollegen Paplow auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress.

hier nicht eingehen, das ist Sache der einzelnen Gewerkschaften. Es haben sich auch der Londoner Gewerkschaftsrat und eine ganze Reihe englischer Städte entschlossen, denartige Lohnkämpfe in ihre Verträge aufzunehmen und dadurch unumwidnen anerkennen, daß es notwendig ist, den Arbeiter gegen willkürliche Lohnherabsetzungen des Unternehmers zu schützen. Später sind nachfolgend Belgien, Frankreich, zum Teil die Schweiz und einige holländische Städte. Aus Deutschland können wir leider wenig Erfolge berichten. Ansätze sind auch hier vorhanden, so haben einige städtische Verwaltungen die Forderung nach Einführung der Lohnkämpfe anerkannt, soweit die Schriftsteller in Betracht kommen; sie berücksichtigen nur diejenigen Zersetzungsarbeiten, die den Tarif unterliegen.

Schließlich konnten aber auch die Volkvertreterungen in Deutschland nicht umhin, sich des Weirten mit der Lohnkämpfe zu befassen. Im Herbst vorigen Jahres hat der bayerische Landtag beschlossen, daß die Lohnkämpfe in die Kontrakte für staatliche Arbeiten in Waren aufzunehmen ist, und der Minister hat versprochen, daß diesem Beschluß nach Möglichkeit Rechnung getragen werden soll. Ich habe gelesen, daß die Erste bayerische Kammer dem nicht zugestimmt hat, ich weiß aber nicht, wie weit das zutrifft. Der Beschluß des Landtages lautet:

Die Weitervergabe zugesagener Arbeiten an Unterauftragnehmer ist nur ausnahmsweise mit Genehmigung der Auftraggeber gestattet. Schwelbheiten ist verboten. Den Arbeitern muß mindestens der orts- oder berufssübliche Tageslohn bezahlt werden; wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarte Tarife und Lohnfestsetzungen bestehen, bilden diese den Maßstab; in keinem Falle darf der Lohn unter den ortsüblichen Tageslohn sinken. Die Arbeitszeit darf nicht über das orts- und berufssübliche Maß hinausgehen und keinesfalls zehn Stunden übersteigen. Ueberstunden sind mit 25 pSt. Zuschlag zu vergüten. An Vorarbeiten von Sonntagen und Feiertagen hat der Schluß der Arbeit spätestens Abends 6 Uhr zu erfolgen und die darauf folgende Ruhezeit 30 Stunden zu dauern. Die gleichen Bedingungen gelten auch für die Alfordarbeiter, Lehrlingskinder, d. h. die unverhältnismäßige Beschäftigung von Wehringen, ist verboten. Arbeiten, die in Verhältnissen hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit vergeben werden. Es sind in erster Linie inländische Arbeiter zu beschäftigen; die Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgen. Unternehmer, die die vertragmäßigen Bestimmungen nicht erfüllen, können zeitlich oder dauernd von den staatlichen Arbeiten ausgeschlossen werden. Die Erfüllung der den Arbeitern gegenüber festgesetzten Verpflichtungen ist in erster Reihe durch Abzug von den Skautonen zu bewerkstellen.

Das ist ein ziemlich weitgehender Beschluß, der, wenn er durchgeführt wird, den Arbeitern erhebliche Vorteile sichert.

In neuerer Zeit hat sich auch die württembergische Kammer der Abgeordneten mit derartigen Anträgen beschäftigt. Die landwirtschaftliche Kommission hat sich mit einem Antrag Oßler befaßt, und am 14. Mai hat Professor Gieber darüber Bericht erstattet. Der Berichtshatter führte sehr treffend aus: „Ein Handwerker, ein Unternehmer, der zu Schleuderpreisen submittiert, der Schmutzlohnereiz treibt mit seinen Kollegen, kann das nur unter der Voraussetzung mit Erfolg für sich treiben, daß er das, was er an den Weisen herummiermarkt, wieder hereinbringt durch zum Teil sehr weitgehende und rüchloslose Ausnutzung der Arbeiter, die in seinem Betriebe beschäftigt sind. Ausnutzung sowohl der Arbeitskraft, der Arbeitszeit, als der Arbeitsfähige.“

Dieser Begründung habe ich nichts hinzuzufügen, ich schreibe mich ihr vollständig an. Der Antrag der Kommission lautet:

„Die königliche Staatsregierung wolle in den Bestimmungen über das Verfahren bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen die Behörden anweisen, in ihren Ausschreibungen zu bestimmen:

1. daß die Unternehmer verpflichtet sind, über die in ihrem Betrieb bei Ausführung der betreffenden Arbeiten einzuhaltende Arbeitszeit und auszubehaltenden Löhne Angaben zu machen;
 2. daß der Zuschlag der Arbeit oder Lieferung in solchen Gewerben, wo Tarifgemeinschaften oder sonstige Verabredungen bestehen, von der Einhaltung der letzteren abhängig gemacht werde;
 3. überhaupt über Angebote von Unternehmern, in deren Betrieb die Arbeitszeit so lang oder die Lohnverhältnisse ungenügend sind, nicht berücksichtigt werden.“
- Die Kommission hat dem zugestimmt, aber der Minister des Innern warnte ein, daß die Bestimmungen zu unbestimmt seien und daß der Verwaltung dadurch eine genügende Handhabe nicht geboten werde. Der Minister Pökel hat selbst in der Kommission folgende Formulierung beantragt:

Die königliche Staatsregierung wolle in den Bestimmungen über das Verfahren bei Vergabe von Arbeiten und Lieferungen die Behörden anweisen:

1. soweit die Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter bestehen, die Unternehmer an die in diesen Vereinbarungen festgestellten Arbeitsbedingungen zu binden;
2. soweit solche Vereinbarungen aber nicht bestehen, Angebote von Unternehmern, in deren Betrieben eine über das Maß erheblich hinausgehende Arbeitszeit eingeführt ist oder die Löhne gegenüber den in dem Gewerbegebiet sonst üblichen Durchschnittslöhnen erheblich zurückbleiben, von der Berücksichtigung auszuschließen;
3. bei der Erteilung des Zuschlags die in den Verträgen der einzelnen Bewerber geltenden Arbeitsbedingungen im Sinne einer Verbesserung der die günstigeren Arbeitsbedingungen bietenden Betriebe mit zu berücksichtigen;
4. in die Ausschreibungen, sowie in die abschließenden Verträge diejenigen Bestimmungen aufzunehmen, welche zur Durchführung der Maßregeln Ziffer 1 bis 3 erforderlich sind, sowie die Einhaltung der von den Unternehmern gegenüber ihren Arbeitern übernommenen Verpflichtungen zu überwachen.

Ein anderes Mitglied der Kommission — wenn ich nicht irre, unser Parteigenosse Hübenbrand — wollte einen ähn-

lichen Antrag zur Annahme bringen, wie ich ihn aus der hiesigen Kammer erwähnt habe, aber die Mehrheit war dafür, den Antrag der Regierung mit einigen Änderungen zum Beschluß zu erheben, und zwar wurden Ziffer 1, 2 und 4 angenommen, Ziffer 3 abgelehnt. Die Ziffer 3 kommt darauf hinaus, daß diejenigen Unternehmer, die heute unter dem schädlichen Durchschnittslöhne stehen und die erheblich über die festgesetzte Arbeitszeit hinausgehen, ohne Weirter ausfallen, und daß unter den Weirten diejenigen berücksichtigt werden sollen, die die besten Arbeitsbedingungen haben. Diese Bestimmung hat der Landtag, wie gesagt, abgelehnt. Schließlich wurde noch ein Antrag gestellt, der besagt, daß die Zahl der beschäftigten Weirten festgestellt werden soll. Es sollte damit zum Ausdruck gebracht werden, daß diejenigen, die Weirte im Geschäft treiben, nicht berücksichtigt werden können. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Ich will nicht sagen, daß mir der Beschluß der württembergischen Kammer so gut gefällt, wie der der bayerischen, aber eine kleine Errungenschaft ist er doch schon und man kann wohl hoffen, daß der Beschluß Gesetzeskraft erlangt. Ich hoffe auch, daß der in München gefaßte Beschluß nicht ganz ignoriert wird. Selbst wenn die Erste Kammer nicht ganz damit einverstanden ist, wird sich die Regierung veranlassen fühlen müssen, dem Beschluß in etwas Rechnung zu tragen.

Auch die Stadt Mainz hat sich, wie ich gelesen habe, mit dem Antrag des Metallarbeiterverbandes auf Einführung der Lohnkämpfe zu beschäftigen. Die Kommission, die darüber zu beraten hatte, stimmte dem Antrage zu, und nachhergehend werden sich auch die städtischen Weirten dem anschließen und in die Arbeitsverträge eine Klausel aufnehmen, ähnlich wie wir sie fordern.

Ich glaube, ich kann schließen. Es ist ja nicht notwendig, unsere Forderungen im Einzelnen zu begründen. In der Resolution habe ich unsere Wünsche in großen Zügen gekennzeichnet; ich habe absichtlich unterlassen, auf Einzelheiten einzugehen, wie die Frage der Lehrlingskinder oder der Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Auch habe ich nicht im Einzelnen angegeben, wie die Lohnkämpfe gefaßt werden soll. Es muß und genügen, wenn der Kongreß einstimmig beschließt, daß wir berechtigt und verpflichtet sind, die Forderungen der Unternehmer auf Einführung der Streiklausel mit aller Entschiedenheit abzuwehren und statt dessen bei den Weirten ebenso entschieden auf Einführung der Lohnkämpfe zu dringen. Einzelheiten können wir den einzelnen Gewerkschaften überlassen; das mag jede Gewerkschaft nach eigenem Ermessen thun. Ich bitte Sie um einstimmige Annahme der Resolution, ohne lange darüber zu debattieren. (Weifall.)

Aus Unternehmerrkreisen.

• **Streiklausel — Wechselprozeß — § 152 der Gewerbeordnung.** Der Zeussche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist bekanntlich ein energischer Verfechter der Streiklausel. Alle Mitglieder werden des Letzteren dringend ermahnt, auf die Aufnahme dieser Klausel in die Bauverträge zu bestehen. Der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten, der dem „Deutschen Arbeitgeberbund“ als Mitgliedschaft angeschlossen ist, hat am 14. seines Statuts bestimmt, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, in jedem mündlichen oder schriftlichen Bauvertrag und in die Experten der Submissionen eine wörtlich vorgeschriebene Bestimmung aufzunehmen, wonach während der Dauer eines Ausstandes der Arbeiter oder einer von dem Verbande oder der Baugeschäfte verhängten Bauperrre (Ausführung der Arbeiter) die Verpflichtung des Unternehmers zur Fortsetzung der betroffenen Bauten ruht. Jede Frist und jeder Termin soll sich um die Dauer des Streiks oder der Ausperrung verlängern. — Nach § 13 des Statuts ist die Generalversammlung befugt, anzuordnen, daß einzelne Gruppen oder sämtliche auf den Bauten der Vereinsmitglieder beschäftigten Arbeiter für bestimmte Zeit oder auf unbestimmte Frist von der Arbeit auszuschließen sind. Jedes Mitglied des Verbandes ist verpflichtet, den Beschluß der Generalversammlung, sämtliche Arbeiter auf allen Baupläzen zu entlassen, unverzüglich zur Ausführung zu bringen.

Zur Sicherheit für die Erfüllung der durch das Statut festgelegten Sanktionen hat jedes Mitglied einen Beschluß auf 3000 beim Vorstand zu hinterlegen; der Wechsel ist acht Tage nach Sicht zahlbar und kann, im Falle die Einlösung verweigert wird, vom Vorsitzenden des Verbandes eingekauft werden. Und um ja den einmal gewonnenen Mitgliedern den Wiederaustritt recht schwer zu machen, bestimmt das Statut, daß der Austritt aus dem Verein nur am Schluß des Geschäftsjahres (31. März) nach schriftlicher Kündigung mindestens drei Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres zulässig ist.

Dem Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgebung gehörte nun auch der Bauunternehmer A.; an; er war beigetreten, als ein Zwang zur Aufnahme der Streiklausel nicht bestand, blieb aber auch Mitglied, nachdem am 30. Januar 1900 dieser Zwang durch Statut festgelegt worden. Als später, am 21. Juni 1900, der Streiklausel-Beschluß nochmals ergangen und verstärkt wurde, stimmte zwar Herr A. dagegen, er blieb aber im Verband. Bald darauf hatte A. Gelegenheit, zwei Neubauten für die Postverwaltung, die sich auf die Streiklausel nicht einließen, zu übernehmen, und nunmehr erklärte er durch Schreiben vom 14. Juli 1900 seinen Austritt aus dem Verein. Am 17. und 31. Juli übernahm A. die zwei Neubauten ohne Streiklausel.

Der Vorstand des Verbandes, an dessen Spitze damals Baumeister Doehler-Charlottenburg stand, wollte die Austrittserklärung nicht anerkennen, sondern machte Anspruch auf die durch den Beschluß garantierten 3000. Am 14. September 1900 wurde, dem A. der Beschluß zur Zahlung vorgelegt und nachdem diese verweigert wurde, beschritt Doehler als Weirtrant des Verbandes den Klagenweg.

Merkwürdiger Weise wurde A. aus dem Landgericht und ebenfalls vom preussischen Kammergericht zur Zahlung der 3000 nebst 6 pSt. Zinsen vom 14. September ab verurteilt. Damit gab sich der Weirtrichter jedoch nicht zufrieden, sondern er legte Revision beim Reichsgericht ein. Hatte die eingeklagte Summe nur 3000 betragen, dann hätte die Revision nicht möglich gewesen, und das Urteil hätte triumphiert. In diesem Falle kam es anders. Das

Reichsgericht hob die Urtheile der Vorinstanzen auf, der Kläger Doehler wurde mit seiner Klage abgewiesen und zur Zahlung sämtlicher Kosten des Rechtsstreites verurteilt.

Aus den Entscheidungsründen des Reichsgerichts heben wir hervor:

„Instreitig hat die Beklagte am 14. Juli 1900 ihren Austritt aus dem Verein erklärt. War sie dazu berechtigt, und damit aus dem Verein ausgeschieden, so hand sie bei Abschluß der Verträge der § 14 der Statuten nicht mehr, und sie hat die Strafe, die durch die Wechselklage beigetrieben werden soll, nicht bezahlt. Nach dem § 3 des Statuts konnte die Beklagte erst zum 31. März 1901 austreten. Aber diese Bestimmung des Statuts ist nach § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung ohne rechtliche Wirkung.

Der § 152 der Gewerbeordnung läßt in Absatz 1 Vereinigungen der Gewerbetreibenden zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen in besonderer Weise mittelst Entlassung der Arbeiter zu, indem er die dagegen gerichteten Verbote und Strafbestimmungen aufhebt. Aber nach Absatz 2 begründen solche Vereinigungen weder ein Klageverbot noch ein natürliches Schuldverhältnis. Jedem Teilnehmer steht jederzeit der Austritt frei. Klage oder Einrede findet aus der Vereinigung nicht statt, und nach § 344 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist deshalb auch jede für den Fall der Nichterfüllung der durch den Beitritt zu solcher Vereinigung übernommenen Verbindlichkeiten getroffene Vereinbarung einer Strafe, unzulässig.

„Daß der Verband der Baugeschäfte, dem die Beklagte beigetreten ist und für den die Strafe erhoben ist, zu den Vereinigungen, der im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Art gehört, unterliegt keinem Zweifel.

Die Bestimmungen des Statuts charakterisieren den Verband als einen Schutz- und Kampfbund gegen die Arbeitnehmer im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung. Wollig klar ist dies angesichts des § 13 des Statuts. Die Mitglieder sollen verpflichtet sein, auf Beschluß der Generalversammlung alle Arbeiter oder einzelne Kategorien ihrer Arbeiter auf den Baupläzen zu entlassen. Weirten kann dies nur, und nach der täglichen Erfahrung beweist solche Maßregel, auf die Arbeiter einen Druck dahin auszuüben, daß sie sich der Noth gehörend den von den Arbeitgebern aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen fügen, oder von den ihrerseits gestellten Forderungen Abstand nehmen. In beiden Fällen handelt es sich um Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeitgeber. Denn günstig sind im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung für den Arbeitgeber stets die Arbeitsbedingungen, die der Arbeitgeber verlangt und gewähren will und ohne die Entlassung der Arbeiter nicht erlangen kann, mag es sich dabei um die Erlangung besserer oder die Aufrechterhaltung bestehender Arbeitsbedingungen handeln, an deren Stelle die Arbeitnehmer andere setzen wollen. Auf eine Unterwerfung, so die konkreten Bedingungen objektiv in dem Sinne günstig, daß sie dem Arbeitgeber materiellen Gewinn bringen, kann es nicht ankommen. Der § 13 des Statuts zeigt zugleich, daß der Arbeitgeber mit gutem Grunde abgelehnt hat, Vereinigungen solcher Art als Zwangsmittel der Klage und der Vertragsstrafe zu gewähren. Denn nach dem § 13 würde ein Mitglied des Vereins zur Entlassung seiner Arbeiter anzeiglos auch dann verpflichtet sein, wenn dieselben sich den Bedingungen der Arbeitgeber zu fügen oder von denen der Arbeitnehmer abzuweichen wollten, der Verband aber die Entlassung aller, oder der willigen Arbeiter, anordnet, um einen härteren Druck auf die nicht gefügigen Arbeiter auszuüben. Solchen und anderen ähnlichen Konsequenzen hat der Absatz 2 des § 152 entgegen treten wollen.

„Auch die Bestimmung im § 14 des Statuts dient mittelbar dem Zweck der Abwehr von Streiks und ihres Einflusses auf die Arbeitsbedingungen und Lohnsätze und damit dem im § 152 der Gewerbeordnung hervorgehobenen Zweck. Einem nähere Eingehen hierauf bedarf es nicht, weil die Bestimmung im § 13 des Statuts genügt, um den Austritt der Beklagten aus dem Verband nach § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen.“

Bemerkenswerth ist noch, daß der Berliner Verband durch Beschluß vom 20. Dezember 1900 den Zwang auf Einführung der Streiklausel infolgedessen aufgehoben hat, als es bei Bauausführungen für Behörden dem Ermessen der Mitglieder anheim gestellt ist, von der Aufnahme der Streiklausel Abstand zu nehmen.

• **Ein „Arbeitswilligen“-Vorschlagsfonds** soll von den deutschen Wärdemeistern an Stelle des vom Berliner Polizeipräsidium infizierten Streikabschweifonds, der zuletzt auf 25 000 angewachsen war, ins Leben gerufen werden. Man beabsichtigt, das bei der Reichsbank von der Weirde festgelegte Geld in Gestalt von Prämien an solche Weirten zu verteilen, die bei ausbrechenden Streiks die Weirteilung ablehnen oder als Arbeitswillige an Stelle der Ausständigen treten. In Wärdemeisterkreisen fehlt es nicht an Gegnern dieses Vorschlags, die sich von einer Prämierung der Arbeitswilligen nur wenig wirksamen Vorteil versprechen. Weirde dafür liefern die zahlreichen von Innungen und ganzen Weirdeverbänden zum bevorstehenden Zentralverbandstage des Germania-Innungsverbandes gestellten Anträge auf Zurückzahlung der bisher zum Streikabschweifonds geleisteten Beiträge. Statt dieses kurzweiligen Klans sollten die Wärdemeister lieber an die Forderung eines Garantiefonds für menschenwürdige Behandlung und Bezahlung der Weirten denken; denn können sie nicht in die Lage, Streikbrecher belohnen zu müssen.

Aus anderen Berufen.

• **Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission** hat ein Ausstufungs-Bureau errichtet. Dasselbe befindet sich Wisnadschstraße 77, bei M. Menge. Dort wird Witwen- und Sonnabend von 6—8 Uhr Auskunft erteilt und ebenfalls werden Eingaben und Gesuche unentgeltlich angefertigt.

• **Der Verband der Steinseifer** blüht in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Weirten zurück. Er wurde gegründet am 2. August 1892 auf dem in Seltitz abgehaltenen dritten Verbandstage des Verbandes der vereinigten Steinseifer Deutschlands. Dieser Verband war in der Hauptsache eine künstlerische Organisation, die nebenbei Unterhaltungsvereinigungen pflegte, er wurde durch die Beschlässe des Seltitzer Verbandes

tags in eine für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfende Organisation umgewandelt. Heute umfasst der Verband 45 BzL aller Berufsangehörigen, während es noch kurz nach der Gründung nur 20 BzL waren. Wir hoffen und wünschen, daß die Entwicklung des Verbandes in derselben Weise weitergeht.

Polizei und Gerichte.

*** Der beleidigte Oberinnungsmeister Herr Zummert.** Das Hamburger Schöffengericht hat den Reklamer des „Hamburger Echo“, Genossen G. Babersky, wegen Beleidigung des Obermeisters der Innung „Bauhütte“ zu Hamburg, H. Zummert, zu 60 Geldstrafe verurteilt, weil das „Echo“ das nicht eingehaltene Versprechen der Meister einen Vorbruch genannt hatte. Für das Urteil kam als Hauptgrund in Betracht, daß „kein rechtlich bindendes Versprechen“, den neuwählenden Arbeitstag bei 70 1/2 Stundenlohn einzuführen, vorgelegen habe und dem Angeklagten es offenbar darauf angekommen sei, dem Obermeister einen Sieb zu verlegen. Da die Angaben des Angeklagten im übrigen glaubhaft erschienen, sei auf eine so geringe Strafe erkannt worden. Den höheren Instanzen wird Gelegenheit gegeben werden, sich darüber zu äußern, ob sie die Handlung der Innung ebenso bewerten, wie dies das Schöffengericht getan hat.

*** Von den Selbstkatheten der Hamburger Polizei an den Bahnhöfen.** Vor dem Schöffengericht III unter Vorsitz des Amtsräters Dr. von der Meden hatte sich am 8. August der Zimmergeselle R. wegen Verletzung der §§ 78 und 74 der Straßenordnung und des § 308 des Strafgesetzbuches zu verantworten. R. ist von der Polizei mit einer Strafbefugnis von 20 oder 4 Tagen Haft bestraft worden, weil er angeblich eines Tages am Berliner Bahnhof die Aufforderung des Schuttmannes Wöhme, vor der Ausgangshalle des Bahnhofs fortzugehen, keine Folge geleistet haben soll. R. hat durch Dr. von Obershausen Einspruch dagegen erhoben. Er behauptet in der Verhandlung, daß er mit zwei Kollegen zusammengekommen habe, als der Schuttmann sie alle drei aufgefordert habe, fortzugehen. Sie seien sämtlich gegangen, und er sei schon etwas von der Stelle, wo er gestanden, fortgewichen, als er sich umgedreht und den Aufforderungen gefolgt habe: „Was wollen Sie, hier sind Sie eigentlich.“ Als darauf der in Zivil befindliche Schuttmann ihm sein Dienstfeld gezeigt habe, habe er fortgehen wollen, aber jetzt habe ihn der Schuttmann festgehalten und zur Wache gebracht. Der Schuttmann Wöhme behauptet: R. sei, als er denselben aufgefordert habe, fortzugehen, nicht gegangen, während die übrigen Leute sofort der Aufforderung gefolgt wären. Er habe den R. deshalb wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb er die Aufforderung, fortzugehen, an den Angeklagten und seinen Kollegen, gerichtet habe, erklärt der Schuttmann: Der Angeklagte habe mit vier Anderen zusammengekommen, und fünf Leute würden die Passage des starken Stroms von Menschen, die vom Bahnhof gekommen wären, arg behindert haben. Auf die Frage des Verteidigers Dr. von Obershausen, ob der Angeklagte irgend Jemand beleidigt habe, antwortet der Schuttmann: Nein! Derselbe Antwort erfolgt auf des Verteidigers Frage, ob die Ruhe, Ordnung oder Sicherheit irgendwie durch den Angeklagten gestört sei. Auf die Frage, ob die Polizeibehörde den Beamten am Bahnhof eine generelle Anweisung gegeben habe, daß sie gegen stehende oder ausgeführte Bauhandwerker, die am Bahnhof sich aufhielten, in der Weise vorgehen sollten, daß sie sie fortweisen resp. verhaften, antwortete der Zeuge: „Tatsächlich haben die Inspektoren erhalten, Bauhandwerker fortzuweisen, und zwar auf Grund des § 22 Verhältnissgesetzes, den ich hier in der Tasche bei mir habe.“ Der Amtsanwalt Referendar Dr. Cohen bemerkte darauf, die Strafbefugnis im Prinzip zu bestätigen. Es komme nicht darauf an, führt er aus, ob die Aufforderung sachlich begründet gewesen sei. Das Recht zu einer solchen Aufforderung liege dem distriktsrätlichen Ermessen der Polizeibeamten überlassen. Es müsse einer solchen Aufforderung unbedingt entsprochen werden. Anders sei die Frage des Strafmaßes zu beurteilen. Eine Strafe von 20 Pf. sei eine ungenügend hohe für die Verletzung des Angeklagten. Man dürfe den Anlaß zu der Verletzung, die Lohnbewegung der Bauhandwerker, nicht als Strafverursachungsgrund betrachten, denn der Streit der Arbeiter sei durchaus nichts Unrechtes. Er stelle deshalb das Strafmaß dem Ermessen des Gerichts anheim. Der Verteidiger tritt für Freisprechung ein: Die generelle Anweisung der Polizeibehörde an ihre Beamten, alle Bauhandwerker am Bahnhof fortzuweisen, sei durchaus ungeschieden. Es sei in keiner gesetzlichen Bestimmung den Arbeitern verboten, am Bahnhof etwaige Arbeitswillige zu erwarten und sie über die Arbeitslage aufzuklären. Die Ausübung eines solchen unbestreitbaren Rechtes durch eine solche generelle Anweisung zu hindern, sei gesetzwidrig und verdiene durchaus nicht den Gehalt der Gerichte. Der § 22 des Verhältnissgesetzes könne absolut nicht zur Begründung der Maßnahmen herangezogen werden, denn dieser § 22 gäbe der Polizei nur das Recht, Leute auf 24 Stunden einzufassen, durch die die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit gefährdet würde. Man dürfe man doch unmöglich sagen: es dürfe jeder eingestuft werden, von dem vielleicht einmal eine entfernte Störung der Ruhe usw. erwartet werden könnte. Das Gericht erkennt nach langer Beratung auf eine Geldstrafe von 6 oder 1 Tag Haft, indem es zur Begründung ausführt: Auf Grund der angegebenen §§ 73 und 74 der Straßenordnung hätte der Angeklagte unbedingt der Aufforderung des Schuttmannes Folge leisten müssen. Es sei dabei garricht zu prüfen, ob die Aufforderung des Schuttmannes sachlich gerechtfertigt gewesen sei oder nicht. Vorbehaltlich späterer Beschwerde müsse einer solchen Aufforderung sofort gefolgt werden. Uebrigens sei nach den Bestimmungen des Beamten die Anordnung desselben sachlich auch berechtigt gewesen, denn fünf zusammenstehende Leute hätten in der Tat stören für den Verkehr am Bahnhof, die Passage. Der Streit habe mit diesem Falle garricht zu thun. Hier handle es sich einfach um eine Verletzung der §§ 73 und 74 der Straßenordnung. Bezüglich des Strafmaßes folge das Gericht den gutgesunden Darlegungen des Amtsanwalts. Man dürfe nicht den Streit als Strafverursachungsgrund benutzen. Im übrigen: der Anlaß zu der ganzen Affaire, die Bewegung der Bauhand-

werker, sei ein ganz legales Vorkommnis. Der Streit sei erlaubt und berechtigtes Mittel der Arbeitnehmer, und erlaubt und berechtigt sei es auch, wenn die Arbeiter in solchem Streit bei den Bahnhöfen etwaige Arbeitswillige erwarten und sie zu überreden suchen, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. Man könne also unmöglich sagen, weil eine solche Verletzung beim Streit begangen sei, müsse sie härter bestraft werden. Sie dürfe vielmehr nicht härter bestraft werden als jede andere Verletzung. Darum sei eine Herabsetzung der Strafe erforderlich gewesen.

Um eine gleichliegende Sache handelte es sich bei dem Einspruch, den der Zimmerer R. gegen eine Strafbefugnis von 20 beim Schöffengericht III (Amtsräters Dr. Jüles) erhoben hatte. R. ist von dem Schuttmann Berndt zum Verlassen der Halle des Bahnhofs aufgefordert und schließlich verhaftet. Vor Dr. von Obershausen gefragt, weshalb er den Angeklagten denn zum Fortgehen aufgefordert habe, erklärt Berndt: weil er sich wie ein Tier benahm. Der Verteidiger richtet ferner an den beiden Zeugen Schuttmann Berndt die Frage: „Hatten Sie von Ihrer vorgesetzten Behörde den Auftrag, alle streikenden oder ausgesperrten Bauhandwerker von den Bahnhöfen wegzuschaffen?“ Beidiger Zeuge Schuttmann Berndt: „Eine solche Anweisung haben wir nicht erhalten.“ Der Verteidiger trat auch in diesem Falle für Freisprechung ein, weil das Vorgehen des Beamten ungerechtfertigt und ungesetzmäßig gewesen sei. Das Gericht verwirft aber den Einspruch und beläßt es bei der Strafe von 20.

*** „Grober Unfug“.** Der Zweigverein Hannover hatte über den Bau eines Unternehmens die Sperrverhandlung und der Reklamer des „Volkswillen“ in seiner Zeitung hierüber Mitteilung gemacht. Darin erklärte die Staatsanwaltschaft den Inhalt des großen Unfugs und erhob gegen den Reklamer Klage. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht betrat der Vertreter der Anklagebehörde den Standpunkt, daß die Mitteilung eine Verunglimpfung des Publikums“ enthalte und beantragte deshalb eine Geldstrafe von 80 oder 100 Tage Haft. Das Gericht erklärte auf förmliche Freisprechung, indem es mit dem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Venzberg, der Ansicht war, daß wohl an sich durch die Presse großer Unfug verübt werden könne, daß dazu aber die Presse bestimmte Merkmale nötig seien. Nur wenn eine Störung der öffentlichen Ordnung, eine Verunglimpfung und Verunglimpfung der Allgemeinheit vorliege, könne von großem Unfug die Rede sein. Es genüge zur Charakterisierung des großen Unfugs nicht, daß sich ein bestimmter Personkreis durch irgend eine Zeitungsmeldung verunglimpft fände. *** Schadenersatz wegen Verunglimpfung.** Die bekannte Klage des Maschinenbauers Gapa gegen die Firma G. Seebach & Co. in Bremen erhoben auf Schadenersatz wegen grundloser Verunglimpfung durch schwarze Listen ist jetzt endlich definitiv zu Gunsten des Klägers entschieden, nachdem sie 1 1/2 Jahre gedauert hatte. Die Firma ist verurteilt worden, die ganze vom Kläger geforderte Summe von 201,60 nebst Zinsen und Kosten zu zahlen.

Verschiedenes.

*** Unterstützungskasse für Partei- und Gewerkschafts-Angehörige.** Der Stuttgarter Gewerkschaftsverband hatte sich bekanntlich mit Errichtung einer Unterstützungskasse für die Gewerkschafts-Angehörigen einverstanden erklärt, die Grundzüge über Art und Höhe der Unterstützungskasse bei Invalidität und Todesfall festgelegt und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beauftragt, mit dem Verein „Arbeiterpresse“ sich in ein Einvernehmen zu setzen, da für den Verein „Arbeiterpresse“ eine auf gleicher Grundlage ruhende Unterstützungskasse bereits seit 1. April besteht.

Vorigen Sonntag hat man in Hamburg die Konferenz zwischen dem Vorstand und Ausschuss des Vereins „Arbeiterpresse“ und der Generalkommission der Gewerkschaften stattgefunden und zu einem vollbefriedigenden Ergebnis geführt. Der Sitz der Unterstützungskasse wird Berlin werden, wosin nach dem Stuttgarter Beschluß mit Beginn des nächsten Jahres die Generalkommission überstellt. *** Beitragsberechtigt zur Unterstützungsversicherung** sind die Beauftragten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse, die Expeditions- und Buchhandlungsangestellten derselben, ihre Geschäftsführer, Gewerkschaftsangehörige, die Arbeitersekretäre, die für die Arbeiterpresse tätigen freien Schriftsteller und berufsmäßigen Berichterstatter sowie die Angehörigen der beruflichen freien Zentral-Frankenkassen, die im Sinne der modernen Arbeiterbewegung gegründet worden sind.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) 46. Heft des 20. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Nikolaus Lemau. Von Franz Mehring. — Die Konzentration des Kapitals in Belgien. Von F. v. d. Goet. — Francois Bibal. Ein französischer Sozialist des Jahres 1848. Von Paul Louis. (Schluß.) — Mergle und Frankenstein. Von Dr. med. Georg Wagner. — Freileben: Briefe von Karl Marx an Dr. A. Angelmann. (Fortsetzung.) Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Korrespondenzen zum Preise von 1 Mark 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Das Gewerbegericht“. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Herausgeber: Dr. Jostrow (Privatdozent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Jösch (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) Die Zeitschrift enthält in Nr. 11 des 7. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten (Chemnitz, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Solingen und Elberfeld), anderen deutschen Gerichten (Landgericht Düsseldorf), ausländischen Gewerbegerichten (Graz) u. a. Der Arbeitsvertrag der Seelen. Von Mag. A. R. Ruppe. — Die Waubunde. Von Amtsräters Fr. Burdardt. — Verfassung und Verfall: Ausföhrung der Anwälte von den Gewerbegerichten. — Einigungsämter: Einigungsamt der Innungen in Berlin. — Recht des Arbeitsvertrages: § 616 in der Berliner

Stadlverordnetenversammlung. — Allgemeines: Genehmigung kurzgefaßter Gewerbegerichts-Statuten. — Leipziger Ziegler-Gewerbegericht. — Neue Formulare für die Gewerbegerichts-Häufigkeit in Preußen.

Briefkasten.

H. Z. M. Ihre erste Frage können wir nicht beantworten, weil Ihre Schilderung des Haftzustandes nicht richtig zu sein scheint. Der Haftzustand werden bei einer Freisprechung die Kosten nur in solchen Fällen auferlegt, wo Anklage seitens der Staatsanwaltschaft erhoben worden ist, handelt es sich dagegen um eine Zivilklage, so hat der Kläger die Kosten zu tragen. — Da Ihr Vater keine Beiträge mehr an die Ortskrankenkasse zahlt, hat er auch keine Ansprüche mehr auf Krankenunterstützung.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Neue Mitgliedsbücher.

Mit Ablauf dieses Jahres erhalten alle Mitglieder neue Mitgliedsbücher. Die jetzt sich im Gebrauch befindlichen Bücher sind vom 1. Januar 1903 an ungültig und dürfen daher von da an nicht mehr verwendet werden. In Rücksicht darauf ersuchen wir die Zweigvereinsvorstände, sich mit ihren Bestellungen auf Mitgliedsbücher so einzurichten, daß von den erhaltenen Büchern am Jahreschluß keine übrig sind. Zweigvereine, welche mehr Mitgliedsbücher am Orte haben, wie sie in diesem Jahre gebrauchen können, ersuchen wir, die übrigen zurückzugeben.

Die neuen Bücher werden ohne Bestellung zugesandt und beginnt die Verwendung so früh, daß bereits Anfang Dezember mit der Ausstellung begonnen werden kann. Ein neues Buch erhalten die einzelnen Mitglieder aber erst dann, wenn der Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt ist.

Das Maurergewerbe in der Statistik.

Unter diesem Titel gelangt in einigen Wochen eine 18 Bogen starke Broschüre zur Ausgabe, in welcher alle wichtigen statistischen Daten:

- a) aus den statistischen Erhebungen des Maurerverbandes;
- b) aus der: „Verufs- und Gewerbebeziehung des Deutschen Reiches“ und
- c) aus den: „Amtlichen Nachrichten des Reichs-Verfassungsamtes“.

zusammengestellt sind. Die Herausgabe dieser Schrift wurde auf dem sechsten Verbandstag beschlossen, mit dem Wunsch, sie möge breiten Schichten der Kollegen die Möglichkeit geben, die Verhältnisse in unserem Gewerbe kennen zu lernen. Diesem Wunsch trägt die Schrift in vollem Umfang Rechnung. Notwendig ist nunmehr allerdings, daß recht viele Kollegen das Schriftchen zur Hand nehmen und sich den Inhalt zu eigen machen. Der Preis beträgt nur 50 Pf., ist also so niedrig bemessen, daß jeder Kollege in der Lage ist, sich ein Exemplar der Broschüre beschaffen zu können.

Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, sofort Bestellungen zu machen. Wenn uns Bestellungen nicht zu gehen, dann senden wir den Zweigvereinen auf je acht Mitglieder ein Exemplar, damit ist dann die ganze Auflage im Verhältnis zur Mitgliederzahl auf die einzelnen Zweigvereine richtig verteilt.

Wie bei dem großen statistischen Tabellenwerk, so lassen wir auch von dieser Broschüre für jeden Zweigverein ein Exemplar einbinden. Das gebundene Exemplar kostet 1 Mark 10 Pf. und ist für die Bibliothek der Zweigvereine bestimmt.

Statistische Erhebungen in der Woche vom 3. bis 9. August.

Die Zusammenstellungsblätter sind auszufüllen und sofort, spätestens aber bis zum 16. August einzusenden. Falls in einzelnen Zweigvereinen die Aufnahme noch nicht gemacht ist, dann muß das Verzeichnis sofort nachgeholt werden.

Das Ergebnis der aufgenommenen Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist auf den zwei gesendeten Zusammenstellungsblättern zusammen zu stellen. Ein Exemplar bleibt am Orte, das andere ist bis zum 16. August an den Verbandsvorstand einzusenden. Auch ist das Ergebnis der Statistik in einer Mitgliederversammlung bekannt zu geben.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Gartzburg, Schmalkalen, Eckner, Wittenberg, Neutalen.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Julius Lindert (Buch-Dr. 018 680), Ferdinand Reiffert (082 942); dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 18a des Statuts vom Zweigverein Konstantz: Johann Steiner (Buch-Dr. 180 205); Wittenberg: Robert Faust (029 580), Wilm. Wintler (263 279), Hermann Konrad (267 025), Hermann Wornann (267 023), Otto Söhne (263 261), Paul Graben (029 559), Gustav Altmann (263 270), Otto
